

**TUMBA EL
BLOQUEO**

KUBAS BERICHT

März 2023 - Februar 2024



KUBAS BERICHT

*Gemäß der Resolution 78/7
der Generalversammlung der
Vereinten Nationen mit dem
Titel "Notwendigkeit der
Beendigung der von den
Vereinigten Staaten von
Amerika gegen Kuba
verhängten Wirtschafts-,
Handels- und Finanzblockade".
Juli 2024*

INHALTSVERZEICHNIS

DIE US-BLOCKADE GEGEN KUBA IN ZAHLEN

EINFÜHRUNG

12 AUFRECHTERHALTUNG UND ANWENDUNG DER BLOCKADEPOLITIK

Wirksame Umsetzung der Blockadegesetze

Auswirkungen der Aufnahme Kubas in die einseitige Liste des US-Außenministeriums mit Staaten, die angeblich den Terrorismus unterstützen

Auswirkungen der Streichung Kubas von der einseitigen Liste der Länder, die angeblich nicht in vollem Umfang mit den Bemühungen der Vereinigten Staaten zur Terrorismusbekämpfung kooperieren

Ankündigungen vom 28. Mai 2024 über den Regelungsrahmen der Blockade

DIE BLOCKADE VERLETZT DIE RECHTE DES KUBANISCHEN VOLKES

Auswirkungen auf hochsensible Sektoren

Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung, Handel und Finanzen

Auswirkungen auf die aufstrebenden Sektoren der kubanischen Wirtschaft

DIE BLOCKADE IST EINE VERLETZUNG DES VÖLKERRECHTS. EXTRATERRITORIALE UMSETZUNG VON DIE BLOCKADE

ALLGEMEINE ABLEHNUNG DER BLOCKADE

SCHLUSSFOLGERUNGEN

ANHANG 1: US-BLOCKADEGESETZE UND -VERORDNUNGEN

ANHANG 2: VON DER US-REGIERUNG BESCHLOSSENE BLOCKADEMASSNAHMEN VON MÄRZ 2023 BIS FEBRUAR 2024

ANHANG 3: VORRECHTE DES US-PRÄSIDENTEN ZUR ÄNDERUNG DER DURCHFÜHRUNG DER BLOCKADE GEGEN KUBA

ANHANG 4: EINIGE BEISPIELE FÜR DIE EXTRATERRITORIALE DURCHFÜHRUNG DER BLOCKADE GEGEN KUBA VON MÄRZ 2023 BIS FEBRUAR 2024

ANHANG 5: ANKLAGEN DER US-BLOCKADE GEGEN KUBA AB MÄRZ 2023 BIS MAI 2024

DIE US-BLOCKADE GEGEN KUBA IN ZAHLEN

DIE KOSTEN FÜR 25 TAGE BLOCKADE

Entspricht der Finanzierung, die erforderlich ist, um die Anforderungen der nationalen Liste der unentbehrlichen Arzneimittel des Landes während eines Jahres zu erfüllen (rund 339.000.000 USD).

DIE KOSTEN FÜR 9 TAGE BLOCKADE

Entspricht der Finanzierung, die erforderlich ist, um die Menge an medizinischen Einwegartikeln (Wattestäbchen, Mull, Spritzen, Nadeln, Nahtmaterial, Katheter, Serum-ausrüstung und andere Materialien) und Reagenzien einzuführen, die zur Deckung des Bedarfs des nationalen Gesundheitssystems während eines Jahres erforderlich ist (129.000.000 USD).

DIE KOSTEN FÜR 21 STUNDEN BLOCKADE

Entspricht den Anschaffungskosten des Insulins, das zur Deckung des nationalen Bedarfs während eines Jahres erforderlich ist (12.000.000 USD).

DIE KOSTEN FÜR 18 TAGE BLOCKADE

Entspricht den jährlichen Wartungskosten des nationalen Stromnetzes (mit Ausnahme von Brennstoff und Investitionen) (rund 250.000.000 USD).

DIE KOSTEN FÜR 4 MONATE BLOCKADE

Entspricht der Finanzierung, die erforderlich ist, um die Verteilung des rationierten Nahrungsmittelkorbs für Familien an die Bevölkerung während eines Jahres zu gewährleisten (rund 1.600.000.000 USD).

DIE KOSTEN FÜR 38 STUNDEN BLOCKADE

Entspricht den Produktions- oder Beschaffungskosten für die Logistik, die zur Deckung des Bedarfs des nationalen Bildungssystems während eines Jahres erforderlich ist (rund 21.789.000 USD).

DIE KOSTEN EINER 8-STÜNDIGEN BLOCKADE

Entspricht den Kosten für Spielzeug und Lehrmittel, die in allen Kindertagesstätten des Landes benötigt werden (rund 4.500.000 USD).

DIE KOSTEN FÜR EINE HALBE STUNDE BLOCKADE

Entspricht den Kosten für die elektrischen und konventionellen Rollstühle, die benötigt werden, um den Bedürfnissen des Sonderschulsystems des Landes gerecht zu werden (rund 256.363 USD).

DIE KOSTEN FÜR 44 STUNDEN BLOCKADE

Dies entspricht der Finanzierung, die für die Ausstattung aller Bildungszentren des Landes mit Personalcomputern erforderlich ist (rund 25.200.000 USD).

DIE KOSTEN FÜR 15 MINUTEN BLOCKADE

Dies entspricht der Finanzierung, die erforderlich ist, um den Bedarf an Hörgeräten für behinderte Kinder und Jugendliche, die das Sonderschulsystem des Landes besuchen, zu decken (rund 144.000 USD).

DIE KOSTEN FÜR 7 MONATE BLOCKADE

Entspricht der Finanzierung, die für den Kauf der für das öffentliche Verkehrssystem des Landes erforderlichen Busse erforderlich ist (rund 2.850.000.000 USD).

DIE KOSTEN FÜR 3 TAGE BLOCKADE

Entspricht den jährlichen Unterhaltskosten für den öffentlichen Verkehr im Land (rund 40.000.000 USD).

DIE KOSTEN FÜR 9 MONATE BLOCKADE

Dies entspricht dem geschätzten Finanzbedarf für den Bau neuer Häuser im Land (rund 3.893.000.000 USD).



EINFÜHRUNG

Von März 2023 bis Februar 2024 hielt die Regierung der Vereinigten Staaten eine Politik des maximalen Drucks gegen Kuba aufrecht und setzte die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die den Grundpfeiler dieser Politik bildet, weiterhin vollständig um. Die einseitigen Maßnahmen blieben unverändert und hatten stärkere Auswirkungen auf die kubanische Wirtschaft und Bevölkerung. Diese Maßnahmen haben die zerstörerischen Auswirkungen dieses einseitigen Zwangssystems, des umfassendsten und am längsten andauernden in der Geschichte, weiter verstärkt und verschlimmert.

Die Aufnahme Kubas in die einseitige Liste des US-Außenministeriums von Ländern, die angeblich den Terrorismus sponsern; die Möglichkeit, aufgrund von Titel III des Gesetzes über kubanische Freiheit und demokratische Solidarität (Helms-Burton-Gesetz) vor US-Gerichten Klage zu erheben und Prozesse zu führen; die Sanktionen oder die Androhung von Sanktionen gegen Schifffahrts-, Speditions-, Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen, die an der Lieferung von Brennstoffen nach Kuba beteiligt sind; die intensive und gründliche Verfolgung der Finanztransaktionen Kubas und die sich daraus ergebenden Hindernisse für die Versorgung mit grundlegenden Gütern; sowie das Fortbestehen anderer, ebenfalls einseitiger Listen wurden als die härtesten Maßnahmen bestätigt.

Im Mai 2024 stellte die US-Regierung die willkürliche und ungerechtfertigte Praxis ein, Kuba als einen Staat zu bezeichnen, der nicht in vollem Umfang mit den Anti-Terror-Bemühungen dieses Landes kooperiert. Diese einseitige Ausweisung war eine weitere Verleumdung, die jedoch keine konkreten Auswirkungen hatte, da sie nicht zur Verhängung einseitiger wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen geführt hat. Daher führte diese Aktion nicht zu einer Lockerung oder Aufhebung der Maßnahmen, die Teil der Blockade sind, oder der zusätzlichen Zwangsmaßnahmen, die sich aus der Aufnahme Kubas in die falsche und einseitige US-Liste der Länder ergeben, die angeblich den Terrorismus unterstützen. Dies war eine Entscheidung von begrenzter Tragweite, die den Verbleib Kubas auf dieser Liste - wo es nie hätte sein dürfen - noch inkonsequenter, verwirrender und ungerechtfertigter macht.

Auch die Ankündigungen der US-Regierung vom 28. Mai 2024 über die Einführung einiger Änderungen im regulatorischen Rahmen der Blockade, die den Privatsektor betreffen, haben den Kern dieser Politik nicht verändert. Durch diese Änderungen werden die schädlichsten Zwangsmaßnahmen, die derzeit die kubanische Wirtschaft und die öffentlichen Dienstleistungen beeinträchtigen und das Wohlergehen der gesamten Bevölkerung stark beeinträchtigen, weder beseitigt noch geändert. Sie zielen darauf ab, die kubanische Gesellschaft zu zersplittern, den privaten Sektor zu politischen Zwecken gegen die Revolution auszuspielen und ihr oberstes Ziel zu erreichen, das darin besteht, einen Regimewechsel herbeizuführen und den staatlichen Sektor der Wirtschaft zu bestrafen. Eine Analyse der Struktur der Blockade und ihrer abschreckenden Wirkung lässt erahnen, dass diese Bestimmungen kaum umgesetzt werden, umso mehr, als Kuba weiterhin auf der einseitigen Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus steht.

Im Laufe des letzten Jahres hat die US-Regierung die Gesetze und Bestimmungen im Zusammenhang mit der Blockade gegen Kuba sowie die traditionellen Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung aufrechterhalten, um das historische Ziel zu verfolgen, die kubanische Wirtschaft und die Löhne der Arbeitnehmer zu drücken, materiellen Mangel zu erzeugen und die öffentlichen Dienstleistungen zu schädigen, Unzufriedenheit und Verzweiflung in der Bevölkerung zu schüren und die rechtmäßig errichtete Verfassungsordnung zu untergraben. Diese Art von Verhalten wurde in mehreren offiziellen Dokumenten der US-Regierung beschrieben, die freigegeben wurden, wie z. B. in dem internen Memorandum des stellvertretenden stellvertretenden Außenministers Lester Mallory vom 6. April 1960, in dem es heißt:

"(...) alle möglichen Mittel sollten sofort ergriffen werden, um das Wirtschaftsleben Kubas zu schwächen (...) eine Aktionslinie, die, während sie so geschickt und unauffällig wie möglich ist, den größten Beitrag dazu leistet, Kuba Geld und Versorgung zu verweigern, die Reallöhne zu senken, Hunger, Verzweiflung und den Überwurf der Regierung herbeizuführen."

Während des Berichtszeitraums zielten die Maßnahmen der USA darauf ab, die Haupteinnahmequellen der kubanischen Wirtschaft mit chirurgischer Präzision zu ermitteln und zu verfolgen, indem die Bestimmungen des Helms-Burton-Gesetzes, einschließlich der extraterritorialen Bestimmungen, strikt umgesetzt wurden.

Die Offensive gegen den Tourismus, die Behauptungen über nicht existierende Schallangriffe auf US-Diplomaten, mit denen die Einstufung Kubas als unsicheres Land gerechtfertigt werden soll, die Verfolgung internationaler medizinischer Kooperationsvereinbarungen und vieles mehr sind Teil eines verbesserten Zwangsplans, der verhindern soll, dass das Land die notwendigen Einnahmen erhält, um die wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.

Die US-Regierung und die kubafeindlichen Politiker in diesem Land sind entschlossen, den Mythos zu verbreiten,

dass die Blockade kein wesentliches Hindernis für die Leistung der kubanischen Wirtschaft darstellt. Sie wiederholen fälschlicherweise, dass die Schwierigkeiten unserer Wirtschaft die Folgen der Verzerrungen eines im Aufbau befindlichen sozialistischen Modells und der Fehler der Regierungspolitik sind.

Die Regierung der Vereinigten Staaten will durch systematische Desinformationsmaßnahmen der kubanischen Regierung die Schuld an den Folgen und Schäden der Blockade zuschieben, was eine unehrliche und äußerst zynische Behauptung ist, zumal sie von derselben Regierung kommt, die bewusst eine Erstickungspolitik gegen die kubanische Wirtschaft betreibt.

Alle Schwierigkeiten, mit denen die kubanische Gesellschaft konfrontiert ist, sind nicht ausschließlich auf die Blockade zurückzuführen, aber es wäre falsch, die Blockade nicht als Haupthindernis für unsere Entwicklung anzuerkennen. Kein Land der Welt, nicht einmal die Länder, deren Wirtschaft viel wohlhabender und robuster ist als die kubanische Wirtschaft, wäre in der Lage, mit der Blockade fertig zu werden.

Eine solch rücksichtslose, asymmetrische und langwierige Aggression nicht ohne hohe Kosten für den Lebensstandard ihrer Völker, ihre Stabilität und soziale Gerechtigkeit.

Diese Kosten zeigen sich heute im Mangel an Lebensmitteln, Medikamenten, Brennstoffen und Transportmitteln sowie in der Verschlechterung anderer grundlegender Dienstleistungen, unter denen die kubanische Bevölkerung leidet.

Die US-Regierung räumte jeden Zweifel am grausamen und völkermörderischen Charakter der Blockade aus, als sie den schlimmsten Moment der COVID-19-Pandemie nutzte, um zusätzliche Zwangsmaßnahmen gegen alle Kubaner zu verhängen. Sie verschärfte das Verbot kubanischer Importe mehrerer Waren, darunter auch Beatmungsgeräte; sie ergriff Maßnahmen, die den Ausbau der kubanischen Impfstoffe gegen das Virus beeinträchtigten und verhinderte die Einfuhr von Sauerstoff aus Drittländern. Sie weigerte sich, die Maßnahmen gegen Kuba auch nur vorübergehend aufzuheben, damit das Land mit der Pandemie fertig werden konnte, wie sie es bei anderen Ländern getan hat.

Vom 1. März 2023 bis zum 29. Februar 2024 verursachte die Blockade in Kuba materielle Schäden in Höhe von schätzungsweise **5.056.800.000 USD**, was einen Anstieg von 189.800.000 USD gegenüber der Zahl im vorherigen Bericht bedeutet.

All dies spiegelt die verstärkten Auswirkungen der Blockade auf die kubanischen Exporte, insbesondere im Tourismussektor, die rücksichtslose Verfolgung der Finanz- und Bankgeschäfte des Landes sowie die umfassenden Schäden für das kubanische Unternehmersystem wider.

Produktion und die Dienstleistungen für die Bevölkerung.

Dies entspricht einem Schaden von mehr als **421.000.000 USD pro Monat**, oder mehr als **13.800.000 USD pro Tag**; oder mehr als **575.683 USD pro Stunde** als Folge der Blockade.

Zu aktuellen Preisen beläuft sich der Schaden, der in den mehr als sechs Jahrzehnten der Umsetzung dieser Politik entstanden ist, auf **164.141.100.000 USD**. Berücksichtigt man den Wert des Dollars gegenüber dem Goldpreis auf dem internationalen Markt, so hat die Blockade Schäden in Höhe von mehr als **1.499.710.000.000 USD** verursacht.

Schätzungen zufolge hätte das kubanische BIP ohne die Blockade bis zum Jahr 2023 zu laufenden Preisen um rund 8 % wachsen können. Diese Daten zeigen, dass die aktuellen Herausforderungen Kubas einfacher und besser zu lösen wären, wenn das Land Zugang zu den zahlreichen Ressourcen hätte, die ihm durch die Blockade vorenthalten werden. In den letzten Jahren, vor allem in den letzten Monaten, sind die Alterung der kubanischen Bevölkerung und die hohe Abwanderungsrate, vor allem in den jüngsten Teilen der Gesellschaft, deutlich spürbar geworden. Die Situation wäre ganz anders, wenn es nicht eine Blockade gäbe, die nach der Umsetzung der Politik des maximalen Drucks durch Präsident Donald Trump, die von der Regierung von Präsident Joseph Biden aufrechterhalten wurde, weiter verschärft wurde. Die US-Kontrahenten haben keine Argumente, um diese Wahrheit zu leugnen.

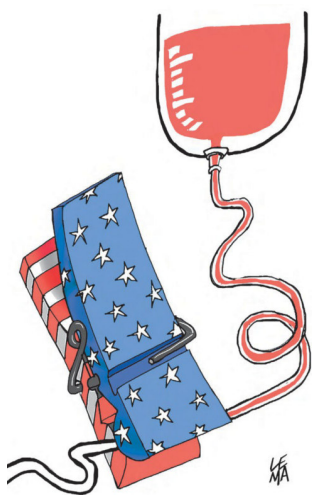
Die Blockade ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ein Akt des Völkermords und eine flagrante, massive und systematische Verletzung der Menschenrechte von mehr als 11 Millionen Kubanern. Sie ist eine grausame Bestrafungspolitik. Dieser Bericht liefert objektive Informationen und wertvolle Daten, die die Anprangerung dieser schweren Ungerechtigkeit weiter untermauern.

01

AUFRECHTERHALTUNG UND ANWENDUNG

der Blockadepolitik

WIRKSAME UMSETZUNG DER BLOCKADEGESETZE



Die Regierung der Vereinigten Staaten und ihre Aufsichtsbehörden wenden in Unkenntnis der unmissverständlichen Haltung der internationalen Gemeinschaft und der aufeinander folgenden Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu diesem Thema alle Gesetze an, die Teil des komplizierten Netzes der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba sind. Diese Gesetze sind in Anhang 1 des vorliegenden Berichts aufgeführt.

Anhang 2 enthält die wichtigsten rechtlichen und regulatorischen Maßnahmen zur Durchsetzung der Blockade, die von der US-Regierung zwischen März 2023 und Februar 2024 ergriffen wurden. Der so genannte "Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act", auch bekannt als "Helms-Burton Act", ist Teil des legislativen und rechtlichen Rahmens, der die Blockade unterstützt.

In diesem Gesetz, das gegen die Verfassung der Vereinigten Staaten und die Normen und Grundsätze des Völkerrechts verstößt, sind alle Bestimmungen der Blockade festgeschrieben. Durch dieses Gesetz wird dem US-Präsidenten die Möglichkeit genommen, die Blockade aufzuheben, ein Vorrecht, das nun dem Kongress des Landes zusteht.

Kein anderes Land ist einem derartigen Monstrum unterworfen, dessen Bestimmungen die US-Regierung unter anderem dazu auffordern, Druck auf Drittländer auszuüben, damit diese keine Beziehungen zu Kuba unterhalten. Es beinhaltet auch ein System politischer und rechtlicher Repressalien gegen Unternehmen, die Verbindungen mit der Insel unterhalten. Es verpflichtet den US-Präsidenten, den Kongress jedes Jahr über die Handelsbeziehungen Kubas mit anderen Ländern zu informieren. Es wird unverhohlen betont, dass die Blockade auch nach dem Sturz der Revolution und der Herrschaft eines US-Marionettenregimes so lange aufrechterhalten wird, bis die nach 1959 verstaatlichten Grundstücke an die "betroffenen Eigentümer" zurückgegeben werden.

Titel III dieses Gesetzes ermöglicht es ehemaligen Eigentümern von Grundstücken, die in Kuba unter strikter Einhaltung des Völkerrechts verstaatlicht wurden, einschließlich Bürgern kubanischer Herkunft, die später US-Bürger wurden, vor US-Gerichten Klage gegen jene natürlichen oder juristischen Personen zu erheben, die in irgendeiner Weise mit den genannten Grundstücken in Kontakt standen oder irgendeine Beziehung zu ihnen hatten, was das Gesetz als "Verkehr" bezeichnet.

Ab Mai 2019 eröffnet Titel III dieses Gesetzes die Möglichkeit, vor US-Gerichten zu klagen. Nachdem aufeinanderfolgende US-Regierungen die Umsetzung dieses Titels wiederholt ausgesetzt hatten, stellt eine solche Maßnahme eine Eskalation in der Absicht dar, die extraterritoriale Zwangsmaßnahme gegen Kuba zu internationalisieren.

Bis zum 31. Mai 2024 wurden insgesamt 44 Klagen vor US-Gerichten aufgrund der oben erwähnten Titel. Zwei davon wurden zurückgezogen, zwei weitere wurden zusammengelegt und 5 wurden abgewiesen. In einem Fall wurde eine Einigung zwischen den Parteien erzielt, während 34 Verfahren noch im Gange waren.

Während das Helms-Burton-Gesetz dem US-Kongress das Vorrecht einräumte, die Bestimmungen, die die Blockade gegen Kuba stützen, aufzuheben und ihr Ende zu verkünden, stattete dasselbe Gesetz den Präsidenten dieses Landes mit weitreichenden Befugnissen aus, um die Umsetzung dieser Politik wesentlich zu ändern, indem er die Durchführung bestimmter Transaktionen durch die Erteilung von Lizenzen auf der Grundlage von Exekutivmaßnahmen ermöglichte. *Anhang 3* bezieht sich auf diese Exekutivbefugnisse.

Wenn es einen echten Willen gäbe, eine Politik zu betreiben, die dem kubanischen Volk insgesamt zugute kommt und den unbestreitbaren Druck auf die Wirtschaft und andere wichtige Bereiche der Gesellschaft mildert, würde der US-Präsident konkrete und sofortige Maßnahmen ergreifen, um die Umsetzung der Blockade zu ändern, indem er von seinen Exekutivbefugnissen Gebrauch macht. Dies wäre ein wichtiger Schritt zur Beseitigung des größten Hindernisses für die wirtschaftlichen, kommerziellen und finanziellen Beziehungen Kubas mit den Vereinigten Staaten und dem Rest der Welt sowie für das Wohlergehen des kubanischen Volkes.

AUSWIRKUNGEN DER AUFNAHME KUBAS IN DIE UNILATERALE LISTE DES US-AUSSENMINISTERIUMS DER STAATEN, DIE ANGEBLICH DEN TERRORISMUS UNTERSTÜTZEN

erstellt vom US-Außenministerium

Am 11. Januar 2021, neun Tage vor Beendigung seiner Amtszeit, nahm Präsident Donald Trump Kuba einseitig in die Liste der staatlichen Terrorismusförderer auf – ein Geschenk an die kubanischstämmige extreme Rechte aus Südfloida, das jeden künftigen Fortschritt in den bilateralen Beziehungen verhindern soll. Dies war ein rein politischer Schachzug, für den es keine Beweise gab, die ihn rechtfertigen konnten.

Die derzeitige Regierung hat diese Entscheidung unverändert aufrechterhalten, obwohl sie sich voll und ganz bewusst ist, dass die Vorwände, die für die Genehmigung dieser willkürlichen Einstufung verwendet wurden, unehrlich waren; dass Kuba Opfer von terroristischen Aktionen ist, die seit Jahren vom Hoheitsgebiet der USA aus organisiert und finanziert werden; dass Kuba diese Geißel unmissverständlich verurteilt hat, und trotz konkreter Beispiele für die Zusammenarbeit zwischen kubanischen und US-amerikanischen Behörden bei der Bekämpfung des Terrorismus in Übereinstimmung mit den geltenden bilateralen Instrumenten und dem Völkerrecht.

Die willkürliche Aufnahme Kubas in diese Liste ist nicht nur ein symbolischer Akt, denn sie hat schwerwiegende wirtschaftliche Folgen, da sie die Beschränkungen und Verbote, die aufgrund der Blockade bereits gegen unser Land verhängt wurden, noch weiter verschärft

Die Maßnahme verursachte ernsthafte Schwierigkeiten für unsere Geschäfte im Banken- und Finanzsektor, im internationalen Handel, bei der Erschließung von Einnahmequellen und Energie, dem Zugang zu Krediten, Energie, bei der Suche nach Lieferanten von Gütern und Vorleistungen und Inputs, die für die wirtschaftliche Entwicklung.

Weniger als zwei Monate nach der Einführung des Gesetzes stellten mehr als 45 Banken aus mehreren Ländern ihre Geschäfte mit Kuba ein. Unser Land verlor vor allem traditionelle Lieferanten in Europa und Lateinamerika. Unsere Fähigkeit, die für die Herstellung von Arzneimitteln in der kompliziertesten Phase der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie erforderlichen Inputs zu erwerben, wurde um die Hälfte reduziert.

Von Januar 2021 bis Februar 2024 meldeten ausländische Banken rund 1.064 Vorgänge, in denen sie sich weigerten, kubanischen Einrichtungen Dienstleistungen anzubieten, darunter Überweisungen für den Kauf von Lebensmitteln, Medikamenten, Treibstoff, Ersatzteilen für das nationale Stromnetz und lebenswichtige Konsumgüter für die Bevölkerung.

Nach der Verabschiedung des US-Gesetzes "Visa Waiver Program Improvement and Terrorist Travel Prevention Act" von 2015 wurde festgelegt, dass das Programm zur Befreiung von der Visumpflicht über das ESTA-System (1) nicht für Personen gilt, die Kuba besucht haben, eines der Länder, die von den USA willkürlich als Sponsoren des Terrorismus eingestuft

werden. Die strafende Wirkung dieser Bestimmung hat erhebliche Auswirkungen auf Kuba-Reisen und den Tourismus nach Kuba, der eine der wichtigsten Einnahmequellen für das Land darstellt.

Die Aufnahme Kubas in diese Liste hat auch den den Risikostatus des Landes erhöht, was die extrem ungünstigen Bedingungen, unter denen sich die Insel am internationalen Markt teilnimmt, verstärkt. Diese entmutigt und untergräbt das Interesse ausländischer Investoren, sich an der kubanischen Wirtschaft zu beteiligen. Es sollte nicht vergessen werden, dass 2015 im Zusammenhang mit der Normalisierung der Beziehungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten, der Moody's Investors Service die das Kreditrating des Landes von „stabil“ auf ‚positiv‘ an hob und anerkannte dass einer der Gründe dafür die Wiederannäherung der USA an Kuba und die Streichung unseres Landes von dieser Liste war.

Anfang 2024 forderten fünf Mandatsträger für Sonderverfahren des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (2) die Vereinigten Staaten auf, ihr System spezifischer Sanktionen gegen Länder, die als Sponsoren des Terrorismus bezeichnet werden, zu überprüfen.

Sie bekräftigten, dass die grundlegenden Menschenrechte, nämlich das Recht auf Nahrung, Gesundheit, Bildung sowie die wirtschaftlichen und sozialen Rechte, das Recht auf Leben und das Recht auf Entwicklung, durch die Einschränkungen und Verbote, die sich aus einer solchen Einstufung ergeben, beeinträchtigt werden (3). Sie stellten ebenfalls fest, dass das Verfahren, mit dem ein Land als Sponsor des Terrorismus eingestuft wird, weder klar noch transparent ist (4).

Im Mai 2024 räumte der US-Außenminister Antony Blinken bei einer Kongressanhörung in seinem Land ein, dass Kuba keine Terroristen schütze. und damit den Vorwand für die ungerechte Einstufung Kubas als Staat, der den Terrorismus unterstützt, außer Acht ließ. Dies bestätigt, dass der einzige Zweck der Beibehaltung Kubas auf dieser Liste darin besteht, unser Land zu verleumden und dies als Vorwand zu nutzen, um die extremen Maßnahmen der wirtschaftlichen, kommerziellen und finanziellen Belagerung des kubanischen Volkes zu verstärken.

Konkrete Beispiele für die Auswirkungen dieser einseitigen Maßnahme auf Kuba und Staatsangehörige von Drittländern werden in diesem Bericht aufgeführt, wenn es um die Schäden geht, die in verschiedenen Sektoren entstanden sind.

1) Elektronisches System zur Reisegenehmigung. Es ist Teil des US-Programms für visumfreies Reisen (Visa Waiver Program), das es Bürgern aus Ländern, die an diesem Programm teilnehmen, ermöglicht, zu touristischen oder geschäftlichen Zwecken in die Vereinigten Staaten zu reisen

oder auf der Durchreise in ein anderes Land zu sein und sich bis zu 90 Tage in diesem Land aufzuhalten.

2) Alena Douhan, Sonderberichterstatterin über die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf die Wahrnehmung der Menschenrechte; Michael Fakhri, Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung; Attiya Waris, Unabhängige Expertin für Auslandsschulden, sonstige internationale finanzielle Verpflichtungen und Menschenrechte; Cecilia M. Bailliet, Unabhängige Expertin für Menschenrechte und internationale Solidarität; und Livingston Sewanyana, Unabhängiger Experte für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung.

3) Siehe <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/02/united-states-unilateral-designation-states-sponsors-terrorism-Negativ>.

4) Siehe JAL USA 31/2023 unter

<https://spcommreports.ohchr.org/TmSearch/Mandates?m=22>.

Auswirkungen der Streichung Kubas von der einseitigen Liste der Länder, die angeblich nicht in vollem Umfang mit den Anti-Terror-Bemühungen der Vereinigten Staaten kooperieren

Am 15. Mai 2024 stellte das US-Außenministerium die Praxis der letzten Jahre ein, Kuba gemäß Abschnitt 40A des Waffenexportkontrollgesetzes als Land einzustufen, das nicht in vollem Umfang mit den Bemühungen der Vereinigten Staaten zur Terrorismusbekämpfung kooperiert.

Die Entscheidung bedeutete weder den Ausschluss von Kuba von der einseitigen Liste der Staaten, die die mutmaßlich den Terrorismus, noch die Änderung der Struktur der Zwangsmaßnahmen die sich aus der Aufnahme in diese Liste ergeben. Der außerordentliche Schaden, den diese verleumderischen Bezeichnung für die kubanische Wirtschaft und ihre einschüchternde Wirkung haben, bleiben erhebliche Hindernisse für die Entwicklung des Landes und für das Wohlergehen aller Kubaner.

Es reicht nicht aus, anzuerkennen, dass Kuba in vollem Umfang mit der Terrorismusbekämpfung zusammenarbeitet, eine Wahrheit, die in der ganzen Welt bekannt ist und die die Vereinigten Staaten gerade beschlossen haben, zuzugeben. Es handelt sich um eine Ankündigung von begrenzter Tragweite, die in der Praxis nicht mit einer Lockerung oder Aufhebung der Maßnahmen verbunden ist, die derzeit die Blockade unterstützen, und die die Präsenz Kubas in der Liste der Staaten, die angeblich den Terrorismus unterstützen, noch inkonsequenter, verwirrender und ungerechtfertigter macht.

Zahlreiche Regierungen, insbesondere in Lateinamerika und der Karibik, sowie politische, soziale und religiöse Persönlichkeiten und Organisationen in den Vereinigten Staaten fordern das Weiße Haus auf, Kuba ohne weitere Verzögerung von dieser falschen Liste zu streichen. Der Präsident der Vereinigten Staaten ist mit allen Vorrechten ausgestattet, um ehrlich zu handeln und dieser Forderung nachzukommen.

Bekanntmachung vom 28. Mai 2024 über den regulatorischen Rahmen der Blockade

Am 28. Mai veröffentlichte das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums eine Aktualisierung des rechtlichen Rahmens der Blockade gegen Kuba, um die Ankündigungen des Außenministeriums vom 16. Mai 2022 in Kraft zu setzen

Diese Entscheidung führte nicht zu Kubas Streichung von der einseitigen Liste des Ministeriums über Genehmigungen für internetbasierte Dienstleistungen und Finanztransaktionen für den kubanischen Privatsektor.

Die Politik der US-Regierung zielt darauf ab, den kubanischen Privatsektor in eine vorteilhafte Position zu bringen und den staatlichen Sektor zu bestrafen, in dem Wissen, dass dieser Bereich allen Kubanern grundlegende Dienstleistungen bietet und die soziale Gerechtigkeit und Angemessenheit unter den Bürgern garantiert. Dies ist Teil der Absicht, einen Regimewechsel durchzusetzen, der darauf abzielt, die Gesellschaft zu fragmentieren und eine politische Opposition zu fördern, auf der Grundlage seiner hegemonialen Interessen.

Die Maßnahmen waren in ihrem Umfang sehr begrenzt und änderten weder den Kern der Blockade gegen Kuba noch die zusätzlichen Bestimmungen der seit 2019 umgesetzten Politik des maximalen Drucks. Einmal mehr beruht die Entscheidung der US-Regierung auf ihrer verzerrten Sicht der kubanischen Realität, indem sie vorgibt, den privaten Sektor künstlich vom öffentlichen Sektor zu trennen, obwohl beide Teil desselben Wirtschaftssystems und derselben kubanischen Gesellschaft sind.

Insgesamt zielten die Maßnahmen darauf ab, die Wiederausfuhr von Software und mobilen Anwendungen kubanischen Ursprungs aus den USA in Drittländer zu genehmigen, die Ausbildungs-, Installations- und Reparaturdienste auszuweiten, Telekommunikationsartikel zu ersetzen, dem kubanischen Privatsektor die Möglichkeit zu geben, Konten im US-Bankensystem zu führen, und U-Turn-Transaktionen zuzulassen, deren Ursprung und Ziel außerhalb der USA lagen.

Mehrere Finanz- und Kubaexperten gehen davon aus, dass die Umsetzung dieser Bestimmungen aufgrund der Ängste und der abschreckenden Wirkung der Blockade und der Aufnahme Kubas in die Liste der mutmaßlichen Sponsoren des Terrorismus, die sowohl den öffentlichen als auch den privaten Sektor in Kuba und die Gesellschaft insgesamt betreffen, schwierig sein wird.

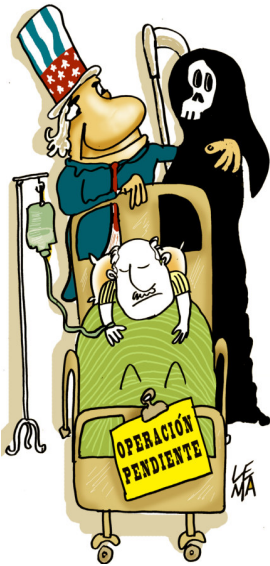
Auf die spezifischen Auswirkungen der Blockade auf die aufstrebenden Sektoren der kubanischen Wirtschaft wird in Abschnitt 2.3 dieses Berichts eingegangen.

02

DIE BLOCKADE VERLETZT DIE RECHTZE

des kubanischen Volkes

AUSWIRKUNGEN AUF EINANDER HOCHSENSIBLE SEKTOREN



Die Auswirkungen der Blockade auf den Gesundheitssektor sind real, erheblich und sensibel. Sie greift direkt eine der Säulen an, die der kubanische revolutionäre Prozess gewährleisten sollte.

Der kubanische revolutionäre Prozess hat sich seit seinen Anfängen eine kostenlose, universelle und hochwertige medizinische Versorgung eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für alle Bürger zum Ziel gesetzt.

Die Annullierung von Verträgen, die Weigerung von Schifffahrtsunternehmen, Fracht nach Kuba zu transportieren, die Unmöglichkeit, Technologien zu verwenden, die zu mehr als 10 % aus US-Komponenten bestehen, und der Anstieg der Marketingkosten haben sich negativ auf den Kauf von Betriebsmitteln ausgewirkt, die zur Gewährleistung der Nachhaltigkeit des Gesundheitssystems erforderlich sind. Gleichzeitig hat der gezielte Angriff auf die Einkommensquellen der kubanischen Wirtschaft dazu geführt, dass das Land nicht über die notwendigen Mittel verfügt, um diese Einkäufe auf anderen Märkten zu tätigen.

Die zunehmenden Schwierigkeiten, mit denen dieser Sektor konfrontiert ist, betreffen nicht nur die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung, sondern führen auch zu Spannungen zwischen dem Gesundheitspersonal, den medizinischen Einrichtungen und den betroffenen Familien und Patienten, da sie sich auf Dienstleistungen auswirken, die immer im Mittelpunkt der humanistischen Berufung der kubanischen Revolution standen und die unter den derzeitigen Umständen nicht in ausreichender Zahl angeboten werden können.

Dr. Jorge Juan Marinello, Präsident der Kubanischen Gesellschaft für Onkologie, Strahlentherapie und Nuklearmedizin, hat dieses Gefühl bei seiner täglichen Arbeit erlebt:

"Die Blockade hat zu einer angespannten wirtschaftlichen Situation geführt, die die Verfügbarkeit und die Nachhaltigkeit des Landes Strahlentherapie-Netz, das die Anwendung suboptimaler Behandlungen vorsieht."

„Die Auswirkungen auf chirurgische Eingriffe und die Verfügbarkeit von Zytostatika sind ebenso gravierend. In vielen Fällen müssen die Patienten und ihre Familien aufgrund des Mangels an diagnostischen Mitteln und therapeutischen Produkten ständig zwischen verschiedenen medizinischen Einrichtungen hin- und herpendeln, je nachdem, was gerade zur Verfügung steht. In vielen Fällen handelt es sich um Behandlungen, die über Leben und Tod entscheiden. Als Ärzte, die auch Eltern und Großeltern sind, geht uns diese Situation sehr nahe und schockiert uns.“

Marilín Peña Pérez, eine beliebte Erzieherin und Soziologin am "Martin Luther King"-Gedenkzentrum, leidet seit ihrem 8. Lebensjahr an akuter Kurzsichtigkeit. In den letzten 30 Jahren wurde sie wiederholt operiert. Ihre Hornhaut hat abgeflacht, sie ist nicht mehr konkav, so dass sie fortschrittliche Behandlungen mit speziellen Geräten benötigt, die das Land nicht erwerben konnte, da es sich um technologieintensive US-Geräte handelt und ihr Verkauf nach Kuba ist verboten. Infolgedessen muss Marilín eine Brille mit sehr hohen Zylindern tragen, die in Kuba nur schwer zu schleifen sind. Nach so vielen Operationen hat sie ein Glaukom entwickelt, das sie von drei verschiedenen Arten von Augentropfen abhängig macht, um ihre Augenspannung zu regulieren. Diese Medikamente sind in den letzten Jahren rar geworden, da sie in den USA nicht direkt erhältlich sind, auf weit entfernten Märkten teuer sind und die Kaufkraft des Landes durch die Blockade stark beeinträchtigt wird.

Es folgt ihr Zeugnis:

"Vor 2019 konnte ich diese Produkte regelmäßig in der Drogerie in meiner Nachbarschaft kaufen, und es war sehr beruhigend zu wissen, dass ich meine jeden Monat eine Behandlung garantiert. Heute ist das nicht mehr so; ich muss es schaffen, sie auf verschiedenen Wegen zu bekommen. Ich musste auch außerhalb des Landes nach ihnen suchen und diese Medikamente ständig durch ähnliche Medikamente ersetzen.

Dies beeinträchtigt meine Lebensqualität und die realen Möglichkeiten, meine Augenspannung auf einem Niveau zu halten, das nicht zu einer schnelleren Erblindung führt. Es ist meine tägliche Sorge, dass ich, wenn ich die Flasche, die ich gerade benutze, aufbrauche, bereits 6 Nachfüllungen habe. Das ist für mich und meine Familie zu einer Obsession geworden.

Während des Berichtszeitraums hat die Sonderberichterstatterin des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen für die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf die Ausübung der Menschenrechte, Frau Alena Douhan, die schädlichen Auswirkungen dieser Maßnahmen auf das Recht auf Gesundheit in Kuba, einschließlich der psychischen Gesundheit, anerkannt⁵. Sie wies auch auf die besonderen Bedingungen hin, unter denen das Land mit der COVID-19-Pandemie konfrontiert war.

Die extreme Grausamkeit der Blockade wurde brutal demonstriert, als die wichtigste medizinische Sauerstoffproduktionsanlage zu einem Zeitpunkt zusammenbrach, als in unserem Land eine große Zahl von COVID-19-Fällen auftrat.

Die Versuche zweier US-amerikanischer Unternehmen, medizinischen Sauerstoff nach Kuba zu liefern, scheiterten, da sie dafür eine spezielle Lizenz der US-

Regierung benötigten, selbst in Zeiten der Pandemie. Bekannt waren auch die Manöver der US-Regierungsstellen, die ausländische Unternehmen aus zwei lateinamerikanischen Ländern daran hindern wollten, medizinischen Sauerstoff in unser Land zu verkaufen.

Zu den wichtigsten Beispielen für die Auswirkungen der Blockade auf den Gesundheitssektor während des Berichtszeitraums gehören.

Dieser Bericht enthält die folgenden Punkte:

- Das in der Schweiz ansässige Unternehmen Novartis hat erklärt, dass es Kuba aufgrund der Blockade das Medikament Cabergolin nicht anbieten kann, mit dem chirurgische Behandlungen im Zusammenhang mit Tumoren in der Hypophyse, einem Organ, das das endokrine System reguliert, vermieden werden könnten.

- Unser Land hatte keinen Zugang zu den Ersatzteilen, die für die Reparatur der defekten Klimaanlage der Intensivstation und der Operationssäle des Instituts für Neurologie und Neurochirurgie benötigt wurden, da der Hersteller, ein französisches Unternehmen, von einem transnationalen US-Konzern übernommen wurde. Daher ist er nicht berechtigt, nach Kuba zu verkaufen.

- Das kubanische Zentrum für Neurowissenschaften (CNEURO) war nicht in der Lage, zwei Verträge zu erfüllen, die bereits mit einem spanischen Unternehmen über den Kauf von Laborgeräten und Reagenzien sowie von Zubehör zur Gewährleistung des Betriebs von "Infantix", einem kubanischen System zur Erkennung von Hör- und Sehstörungen bei einmonatigen Kindern, unterzeichnet worden waren. Da die Produkte aus den USA stammten, weigerten sich die europäischen Vertriebshändler, sie nach Kuba zu verkaufen.

- Es war nicht möglich, einen Vertrag über den Kauf von Ersatzteilen für die Geräte der Marke Bosch zu unterzeichnen, die für die Verkapselung von Medikamenten und die Abfüllung von Fläschchen verwendet werden. Ab 2020 wurde die Firma Bosch Packaging Technology an die Gruppe CVC Capital Partners mit Interessen in den Vereinigten Staaten verkauft, die eine neue Marke namens Syntegon Technology. Es wurden Versuche unternommen, mit diesem Unternehmen zu verhandeln, jedoch ohne Erfolg. Diese Situation hat zu ständigen Unterbrechungen des nationalen Produktionsplans für Arzneimittel geführt.

- Ein europäischer Hersteller, dessen Unternehmen von dem US-amerikanischen multinationalen Unternehmen Trane Technologies übernommen wurde, kündigte einen Vertrag über den Verkauf von vier Kältemaschinen für das Unternehmen "Laboratorios AICA" und eine weitere für die Geschäftsbasisseinheit (UEB) Novatec, die dem Unternehmen "Laboratorios MedSol" untersteht. Ohne sie ist die Herstellung von Arzneimitteln nicht möglich, da sie für ein optimales Klima in den Produktionsanlagen sorgen.

- Es war nicht möglich, die von der Firma "Radiometer"

hergestellten Blutgasanalysatoren für die Behandlung von Patienten in kritischem Zustand auf der Intensivstation und von Patienten nach Herzoperationen zu erwerben, da diese Firma zum Danaher-Konzern mit Sitz in den USA gehört und daher diese Geräte nicht nach Kuba verkaufen darf.

- Durch die Blockade wurde der Zugang zu den von der US-Firma Datex-Ohmeda hergestellten Geräten verhindert, die für die Verabreichung von Stickstoffmonoxid erforderlich sind. Stickstoffmonoxid ist ein blutdruckerweiterndes Gas, das bei der postoperativen Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, bei Neugeborenen und bei Patienten, die sich einer Lungentransplantation unterziehen, eingesetzt wird.

Die von der amerikanischen Firma Beckman Coulter hergestellten Reagenzien, die von den immunologischen Labors des Landes für die Diagnose verschiedener Arten von Immundefekten benötigt werden, sind für Kuba weiterhin gesperrt.

- Das US-amerikanische Unternehmen Intuitive Surgical hat sich geweigert, das chirurgische System Da Vinci Xi, Modell IS4000, nach Kuba zu verkaufen, und damit den kubanischen Patienten die Möglichkeiten der sichersten, genauesten und minimalinvasiven Roboterchirurgie vorenthalten.

- Die US-Gesetzgebung hat ein sehr schwerfälliges und langwieriges Verfahren für die Einfuhr von US-Arzneimitteln nach Kuba eingeführt, mit zahllosen bürokratischen Hindernissen, die in der Praxis dazu führen, dass Pharmaunternehmen sich weigern, nach Kuba zu verkaufen. Schon die abschreckende Wirkung der Blockade entmutigt die Beziehungen in diesem Sektor.

Die aus der Blockade resultierenden schwerwiegenden Einschränkungen haben die Versorgung der kubanischen Bevölkerung sowie die spezialisierte medizinische Versorgung erheblich beeinträchtigt, was sich auf die nachfolgend beschriebene Situation auswirkt:

- Die nationale Liste der unentbehrlichen Arzneimittel in Kuba umfasst 651 Artikel, von denen 51 % nicht verfügbar sind. Das nationale Protokoll sieht vor, dass alle Arzneimittel für 120 Tage vorrätig sein müssen, um den nationalen Bedarf zu decken, aber während des Berichtszeitraums wurden die Vorräte auf 30 Tage reduziert.

- Der Mangel an Arzneimitteln im nationalen Gesundheitssystem hat zu einem Anstieg des informellen Marktes geführt, dessen hohe Preise für die Mehrheit der Bevölkerung kaum erschwinglich sind.

- In den letzten vier Jahren ist die Zahl der Operationen im Land drastisch zurückgegangen. Selbst bei einer Erholung der Gesundheitstätigkeit in den Jahren 2022 und 2023 wird die Zahl der Operationen nur 65 Prozent der Gesamtzahl der vergangenen Jahre erreichen, als das Land 1 Million Operationen durchführen konnte. Dies hat zu einer erhöhten Nachfrage nach solchen

Leistungen geführt, mit einer Warteliste, die bis Ende Februar 2024 86.141 Patienten erreichte. Von allen Patienten, die auf eine Operation warten, sind mehr als 9.000 Kinder, und diese Situation führt zu großen Ängsten bei den Familien und setzt den Gesundheitssektor zusätzlich unter Druck.

- Die Schwierigkeiten, die sich aus der Blockade des Erwerbs von Arzneimitteln ergeben, die für die Behandlung onkologischer Erkrankungen, auch bei Kindern, verwendet werden, haben das Land gezwungen, auf alternative Therapien zurückzugreifen, da es keinen Zugang zu Medikamenten der ersten Wahl hat. Ein Beispiel dafür ist Lomustin, ein Medikament, das zur Behandlung von Tumoren des zentralen Nervensystems eingesetzt wird.

- Insgesamt 44.408 Patienten warten auf eine augenärztliche Operation, die meisten von ihnen zur Entfernung des Grauen Stars, der ihre Lebensqualität stark beeinträchtigt.

- Mehr als 5.000 Patienten warten auf eine Operation in den Fachbereichen Allgemeinmedizin, Urologie und Orthopädie. Dies hat zu einer Verschlechterung der Qualitätsindikatoren für die Gesundheitsversorgung geführt, obwohl die Zahl der Patienten mit Hüftfrakturen, die innerhalb der ersten 24 Stunden nach Auftreten solcher Frakturen operiert werden, und die Zahl der minimalinvasiven Operationen, die durchgeführt werden, gestiegen ist.

- Im Fachgebiet Neonatologie und Neugeborenenpflege gibt es mehr als 20 medizinische Geräte, die technologisch veraltet sind, darunter Brutkästen, Wärmebetten und Beatmungsgeräte für Neugeborene, um nur einige zu nennen. Trotz der Priorität, die die kubanische Regierung diesem Sektor einräumt, ist er von den mehrdimensionalen Auswirkungen der Blockade auf die Kaufkraft des Landes, einschließlich des Zugangs zu fortschrittlicheren Technologien, nicht verschont geblieben.

- Im Bereich der Herz- und Gefäßchirurgie konnten im Berichtszeitraum 200 Patienten nicht operiert werden, weil es an Verbrauchsmaterial, Sauerstoffgeräten, verschiedenen Arten von Drainagegeräten, Brustarterienklammern für die Myokardrevaskularisierung und anderen grundlegenden Medikamenten und Geräten wie Kathetern, Diuretika, Antikoagulantien und blutdrucksenkenden Medikamenten mangelte.

- Im Land herrscht ein Mangel an Verhütungsmitteln, Kondomen und Medikamenten für Schwangere, insbesondere an Multivitaminen und Folsäure, sowie an Diagnosemitteln, Schwangerschaftsfrühtests und Tests für sexuell übertragbare Krankheiten.

Darüber hinaus haben die USA eine unerbittliche Verfolgung der internationalen medizinischen Zusammenarbeit Kubas eingeleitet,

die auf der krankhaften Behauptung beruht, Kuba fördere den Menschenhandel. Die USA beabsichtigen, diese lobenswerte Arbeit zu diskreditieren und den

Zufluss legitimer Einkünfte aus der Zusammenarbeit zu verhindern, die als "entschädigte technische Hilfe" angeboten wird und auf folgenden Modalitäten beruht, die die Unterstützung der Vereinten Nationen (UN) erhalten haben.

Am 24. Juni 2024 stellte Staatssekretär Antony Blinken den Bericht des Außenministeriums über den Menschenhandel vor, in dem Kuba das sechste Jahr in Folge in die Stufe 3 eingestuft wurde. Diese Einstufung umfasst Länder, die "die Mindeststandards nicht vollständig einhalten und keine nennenswerten Anstrengungen zur Reduzierung des Menschenhandels unternehmen". In den Abschnitten, in denen die Länder beschrieben werden, mit denen Kuba Abkommen zur medizinischen Zusammenarbeit unterzeichnet hat, griff das Außenministerium auf die unehrliche Praxis zurück, als Teil einer Einschüchterungsstrategie auf das Vorhandensein eines angeblichen Menschenhandelsprogramms in diesen Programmen hinzuweisen.

Von März 2023 bis Februar 2024 wurde der Druck auf die Banken und die Länder, in denen die medizinische Zusammenarbeit angeboten wird, noch deutlicher. Sie haben sich geweigert, Gelder nach Kuba zu überweisen. Eine medizinische Mission wurde im Berichtszeitraum nach einer Entscheidung des Empfängerlandes aufgrund der Verfolgung und Einschüchterung durch die US-Blockade abgesagt.

Insgesamt beliefen sich die Auswirkungen auf den Gesundheitssektor im Zeitraum von März 2023 bis Februar 2024 auf nicht weniger als **268.515.210 USD**, eine Zahl, die um **28.700.000 USD** höher ist als die im vorherigen Bericht angegebene. Diese diskreten Zahlen spiegeln nicht das Leid und die menschlichen Schäden wider, die vielen Kubanern zugefügt wurden, die von den Auswirkungen dieser völkermörderischen Politik für ihr Leben gezeichnet sind. Die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise Die Belagerung des Zugangs zu harter Währung, Betriebsmitteln, Rohstoffen, Düngemitteln, Maschinen, Kraftstoffen, Chemikalien und Technologien hat auch zu einem erheblichen Rückgang der **inländischen Nahrungsmittelproduktion** geführt. Darüber hinaus hat die Tatsache, dass zahlreiche Reedereien keine Schiffe mehr anmieten können, dazu geführt, dass bereits bezahlte Lieferungen nicht mehr im Land ankommen.

Lisette Fernández Páramo, Präsidentin des kubanischen Verbands für Tierproduktion, bestätigt diese Auswirkungen:

"Die Blockade macht es den Kooperativen und Landwirten unmöglich, an Betriebsmittel wie Ersatzteile für Maschinen, Traktoren, Mähdrescher und andere Transportmittel zu gelangen. lahmgelegt und sind veraltet, ebenso wie Rohstoffe und andere Produkte, die es sonst ermöglichen würden, brachliegende Flächen für die Produktion zu nutzen. Außerdem hindert uns die Blockade an der Beschaffung von Brennstoffen, Ölen und Schmierstoffe, die für den Betrieb der vorhandenen Landmaschinen benötigt werden".

Ramón Fabr  Fonseca, ein Landwirt, der in der Genossenschaft "Fructuoso Rodr guez" in der Gemeinde Julio Antonio Mella in der Provinz Santiago de Cuba arbeitet, hat unter den Auswirkungen der Blockade gelitten. Er widmet sich der Viehzucht und dem Anbau verschiedener Feldfrüchte. Gegenwärtig bleibt fast ein F nfel seiner Flächen unbewirtschaftet, weil sie befallen sind.

Die Marabu-Bäume und die Produkte, die zum Besprühen und Ausrotten dieser Art benötigt werden, sind rar. Er war nicht in der Lage, Traktoren zu erwerben, die ihm die Arbeit erleichtern w rdien, so dass er sich ausschließlich auf Ochsen verlassen musste. Der Mangel an Treibstoff hat ihn auch dazu veranlasst, sich für die Bepflanzung mit Tieren statt mit Maschinen zu entscheiden. Ram n verfügt auch nicht über moderne Bewässerungssysteme, was die Anzahl der Monate im Jahr, in denen er pflanzen kann, einschränkt.

Er erklärt weiter wie folgt:

"Wenn es die Blockade nicht gegeben hätte, würde ich heute mehr Milch, mehr Fleisch und mehr Lebensmittel produzieren. Ich würde das Dreifache dessen anbieten, was ich heute produziere. Was wir Bauern wollen, ist, dass wir produzieren dürfen.

Letztes Jahr versuchten wir, Holzkohle zu exportieren, was uns nicht gelang. Die Bank des Käufers, mit dem wir verhandelten, konnte keine Überweisungen nach Kuba tätigen, weil sie sonst unter Sanktionen gestanden hätte."

Die Mandatsträger der Sonderverfahren des Menschenrechtsrates zum Recht auf Nahrung (Herr Michael Fakhri), zum Recht auf Entwicklung (Frau Surya Deva), zu extremer Armut und Menschenrechten (Herr Olivier De Schutter) und zu den negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf die Ausübung der Menschenrechte (Frau Alena Douhan) haben eine gemeinsame Mitteilung an die US-Regierung geschickt. Alena Douhan), sandten am 25. Januar 2024 eine gemeinsame Mitteilung an die US-Regierung, in der sie die negativen Auswirkungen dieser Politik auf die Fähigkeit Kubas betonten, seinen Bürgern das Recht auf Nahrung und einen angemessenen Lebensstandard zu garantieren.

Sie waren kategorisch bei der Qualifizierung.

Sie bezeichneten die Blockade nachdrücklich als eine schwere Verletzung des Völkerrechts, des Grundsatzes der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten sowie der Menschenrechte des kubanischen Volkes, einschließlich des Rechts auf Leben. In der Mitteilung wurde auch anerkannt, dass die Blockade Kubas Zugang zu ausländischen multilateralen Finanzmitteln für die Durchführung von Programmen zur Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums sowie für die Instandsetzung und Modernisierung der landwirtschaftlichen Ausrüstung und der Infrastruktur eingeschränkt hat.

All dies wird beispielsweise durch die Schwierigkeiten veranschaulicht, mit denen das vom Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) in Kuba geförderte Projekt zur kooperativen ländlichen Entwicklung in der Ostregion (PRODECOR) konfrontiert war, dessen Durchführung 2022 abgeschlossen wurde. Das Projekt ermöglichte den Bau von modernen Getreideverarbeitungsanlagen, aber aufgrund des begrenzten Zugangs zu Düngemitteln und Pestiziden wurde die Produktion reduziert. Im Dezember 2022 waren die Anlagen nur noch mit 15 bis 30 Prozent ihrer Produktionskapazität in Betrieb.

Während des Berichtszeitraums versuchte die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), von einem Lieferanten in Puerto Rico Traktoren für einige Kleinerzeuger im Gesamtwert von 1.500.000 USD zu kaufen, aber der Hersteller beschloss, das Risiko eines Verkaufs nach Kuba nicht einzugehen, was die einschüchternde Wirkung der Blockade zeigte.

Im Jahr 2022 wurde eine Vereinbarung mit einem spanischen Unternehmen über den Kauf von Eismaschinen, Kühlschränken, Fleischverarbeitungs- maschinen und anderen Geräten getroffen.

Im Jahr 2022 wurde mit einem spanischen Unternehmen eine Vereinbarung über den Kauf des spanische Unternehmen für den Kauf von Eismaschinen, Kühlschränken, Fleischverarbeitungs- maschinen und anderer Ausrüstung, für ein Projekt in einer Fischereigenossenschaft in Fischereigenossen- schaft in der Provinz Santiago de Cuba abgeschlossen. Da Zahlungen in US-Dollar nicht möglich waren, konnten die Geräte erst 2023 in das Land eingeführt werden. Zu diesem Zeitpunkt hatten viele von ihnen bereits ihre Garantie verloren, so dass es unmöglich war, einen Anspruch gegen den Lieferanten geltend zu machen.

Im November 2023 dauerte es fast vier Monate, bis die von der Organisation "Cuba Sí" gespendeten landwirtschaftlichen Geräte aus Deutschland in Kuba eintrafen, da hohe Zölle zu entrichten waren, um sicherzustellen, dass die Ladung in Kuba ankam, ohne dass die Vereinigten Staaten Sanktionen gegen eine Einrichtung verhängen.

Im Februar 2024 erhielt das kubanische Unternehmen LABIOFAM S.A. von einem Export-/Importunternehmen spanischen Ursprungs eine Absage für den Kauf von Hühnerembryonen, da der Lieferant ATCC, der aus den USA stammte, nicht angegeben hatte, dass der endgültige Bestimmungsort dieser Produkte ein Land ist, das unter den Sanktionen der US-Regierung steht.

Mehrere Banken haben unterschiedliche, vor allem innenpolitische Gründe für die Verweigerung von Zahlungen an traditionelle Lieferanten des kubanischen Lebensmittelimporteurs ALIMPORT angeführt. So hat sich die Bank of Nova Scotia geweigert, Geschäfte mit dem Lieferanten Induveca für die Ausfuhr von Wurstwaren nach Kuba abzuwickeln.

Die Auswirkungen der Blockade auf den Landwirtschafts- und Nahrungsmittelsektor sind auch in dem nachstehend beschriebenen Panorama zu sehen:

- Der Fuhrpark an landwirtschaftlichen Geräten ist veraltet. Mehrere Traktoren sind in Betrieb, auf durchschnittlich 30 Jahre alt, was ihre Erträge und ihre Leistungsfähigkeit mindert. Außerdem ist ein Teil des Fuhrparks, der für die Vermarktung der Erzeugnisse eingesetzt wird, im Durchschnitt seit 40 Jahren in Betrieb.

- Im Geflügelsektor sind die Legehennen vom Mangel an Antibiotika, Antiparasitika, Vitaminpräparaten, Aminosäuren, Futter und anderen Betriebsmitteln betroffen. Seit 2022 ist es nicht mehr möglich, Medikamente oder andere wichtige Betriebsmittel einzuführen, um die Gesundheit des Geflügels zu gewährleisten. Diese Situation hat zu einer hohen Sterblichkeitsrate bei Geflügel geführt. Die Folge ist ein Defizit von fast einer Milliarde bei der Eierproduktion.

- Im Bereich der Futtermittelproduktion konnten 214.700 Tonnen Mais und 17.500 Tonnen Sojabohnen aufgrund eines Finanzierungsdefizits nicht gekauft werden.

- Die Schweinefleischproduktion ist aufgrund des Mangels an den erforderlichen Futtermitteln drastisch zurückgegangen. Von den 42.600.000 USD, die für diesen Sektor vorgesehen waren, wurden nur 41 % ausgeführt, und zwar aufgrund finanzieller Probleme, der Annullierung von Verträgen, der Preiserhöhungen der Reedereien, der mangelnden Verfügbarkeit von Schiffen, die es riskieren würden, kubanische Häfen anzulaufen, und der hohen Preise für die Rohstoffangebote, die auf das Risiko zurückzuführen sind, mit unserem Land zu verhandeln.

Ebenso war es notwendig, die Schweinehaltungs- systeme zu ändern, indem spezialisierte, ertragreichere Rassen durch dunkelhäutige Schweine ersetzt wurden, die sich zwar rustikaler ernähren, aber weniger produktiv sind und weniger Fleisch produzieren.

Im Unternehmen Frutas Selectas konnten von 1 Million 642.800 Liter Diesel, die für die Wirtschaftstätigkeit benötigt wurden, nur 45% beschafft werden,

- Die historischen Erträge mehrerer Kulturen sind aufgrund des Mangels an Düngemitteln und Pestiziden um fast 40 Prozent zurückgegangen; fast 238.000 Tonnen Lebensmittel, mehr als 171.000 Tonnen Hackfrüchte und Tausende von Tonnen Obst konnten nicht produziert werden.

- Aufgrund des begrenzten Zugangs zu Finanzmitteln hat das Land die Fähigkeit verloren, 26.360 Tonnen Produkte zu kühlen, was die Auswirkungen auf die Logistikinfrastruktur und die ordnungsgemäße Wartung und Wiederherstellung der Kühlhäuser verstärkt hat.

Infolgedessen war im Berichtszeitraum die Versorgung auf dem Großhandelsmarkt unzureichend und das Produktdefizit auf dem Einzelhandelsmarkt blieb

bestehen, was zu einer Instabilität der im Rahmen des rationierten Familienwarenkorb verteilt Grundnahrungsmittel und zu einer Zersplitterung der Lieferung an die Bevölkerung führte.

Im Jahr 2023 konnten die geplanten Lieferungen an die Bevölkerung bei einer Reihe von Produkten nicht eingehalten werden, mit einem bemerkenswerten Rückgang im Vergleich zu den Zahlen für 2022 bei Produkten wie Reis, Bohnen, Brot, Kaffee, Speiseöl, Sojajoghurt, Fleischprodukten, Milchpulver, Zucker sowie bei medizinischen Diäten.

Im Vergleich zu 2019 ist die Produktion von Reis, Eiern und Milch um 81 Prozent, 61 Prozent bzw. 49 Prozent zurückgegangen.

Die Hauptauswirkungen und -beschränkungen beim Kauf von Waren stehen im Zusammenhang mit der Nichteinhaltung von Einfuhrplänen aufgrund der mangelnden Finanzierung der Zahlungsabwicklung, unzureichender Zugang zu Krediten, höhere Kosten für Produkte und Dienstleistungen, höhere Frachtraten sowie Verzögerungen bei der Ankunft von Waren.

Das Land unternimmt enorme Anstrengungen, um die Bevölkerung vorrangig mit den rationierten Produkten des Familienkorbs zu versorgen, deren Kosten sich auf über 1.600.000.000 USD pro Jahr belaufen. Es war jedoch nicht möglich, alle Grundbedürfnisse zu decken.

Unter den Bedingungen der Blockade ist es unmöglich, die Versorgung der Märkte des Landes mit Nahrungsmitteln durch eine Erhöhung der Nahrungsmittelimporte zu sichern. Zur Veranschaulichung dieser Realität reicht es aus, die Preise der im Jahr 2024 importierten Produkte mit den Preisen von 2019 zu vergleichen, die um 76 Prozent gestiegen sind. Das bedeutet, dass für diese Importe 718.000.000 USD zusätzlich bezahlt werden mussten, ohne dass das Land im Gegenzug mehr Produkte erhalten hat.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Der Preis für den Kaffee, der als Teil des Familienkorbs geliefert wird, stieg von 2.400 USD pro Tonne im Jahr 2022 auf 3.906 USD pro Tonne im Jahr 2023.

Der in den USA ansässige antikubanische ultrarechte Flügel und die entschiedensten Verfechter einer zivilisierten Beziehung zwischen beiden Ländern behaupten, dass es keine Blockade für die Ausfuhr von US-Lebensmitteln nach Kuba gibt. Zur Untermuerung dieser Behauptungen verweisen sie auf Zahlen in Höhe von 300.000.000 USD für den Verkauf von Lebensmitteln und Grunderzeugnissen aus den USA.

Dies ist natürlich ein lächerlicher Betrag. Verglichen mit der Dominikanischen Republik, einem Land mit etwa der gleichen Bevölkerungszahl wie Kuba, importierte dieses Land im Jahr 2023 USD 17.000.000.000 Wert an Waren aus den USA.

Sicherlich gibt es nur wenige Ausnahmen von der Blockade, die die US-Regierung als eine Form des Handelsaustauschs darstellen will, wie z. B. den

Verkauf von Hähnchen und einer kleinen Anzahl anderer Artikel an Kuba.

Infolge der Subventionen für die Landwirtschaft in den USA sind die Preise für diese Erzeugnisse dort niedriger, sogar niedriger als in den übrigen Ländern der Welt, so dass Kuba beschlossen hat, einige dieser Erzeugnisse auf diesem Markt zu erwerben.

In der Praxis sind diese Käufe jedoch auch ein Beweis für die schwerwiegenden Einschränkungen, die unserem Land durch die US-Gesetze auferlegt werden. Nicht einmal diese außergewöhnlichen Verkäufe werden nach internationalen Handelsstandards getätigt.

Sie kommen nur nach Erfüllung strenger Bedingungen zustande, und zwar im Rahmen spezifischer Lizenzen oder Genehmigungen, die vom Handelsministerium erteilt werden. Kuba muss in bar und im Voraus bezahlen, ohne die Möglichkeit, in Raten zu zahlen, wie es im internationalen Handel üblich ist. Außerdem hat das Land keinen Zugang zu privaten oder staatlichen Finanzmitteln aus den USA.

Unter den derzeitigen Bedingungen des internationalen Marktes ist es für ein Land oder ein Unternehmen praktisch unmöglich, unter diesen Beschränkungen zu operieren. Der einzige Zweck dieses schwerfälligen Verfahrens besteht darin, von Geschäften mit Kuba abzuschrecken und zu entmutigen.

Generell gilt für den Zeitraum zwischen März 2023 und Februar 2024, dass die wirtschaftlichen Schäden, die durch die Blockadepolitik der Vereinigten Staaten gegen Kuba in der Landwirtschaft Die Kosten des Sektors beliefen sich auf nicht weniger als **441.122.320,38 USD**.

Auch das **kubanische Bildungssystem** hat unter den verheerenden Auswirkungen dieser ungerechten und illegalen Politik gelitten. Während des Berichtszeitraums behinderte die Blockade weiterhin die Handelsgeschäfte und beschränkte den Zugang zu internationalen Krediten für den Kauf von Rohstoffen und anderen Ressourcen, die für die Herstellung von Lehrmitteln benötigt werden.

Nach Ansicht von Beatriz Roque Morales, Nationale Direktorin für Sonderpädagogik, hat die Blockade viel komplexere Auswirkungen, denn wenn sonderpädagogischer Förderbedarf mit Behinderungen einhergeht, beeinträchtigt er die intellektuellen, aber auch die emotionalen und sozialen Leistungen des Einzelnen:

"Es ist wirklich schockierend, dass etwas so Elementares wie ein Spielzeug unseren Mädchen und Jungen nicht vollständig zugänglich gemacht werden kann. Von frühester Kindheit an lernen sie durch das Spielen die Welt kennen."

Insgesamt werden 3.390 Module benötigt, um den Bedarf an Spielzeug in allen Kindertagesstätten des Landes zu decken. Davon würden mehr als 67.135 Jungen und Mädchen profitieren. Der Kauf dieser Materialien wird auf etwa 4.500.000 USD geschätzt,

was den Kosten einer achtstündigen Blockade entspricht.

Beatriz ist sich der allgegenwärtigen Wirkung dieser kriminellen Politik bewusst, deren Ausprägungen kaum quantifizierbar sind:

"Die Blockade ist nicht nur die Unmöglichkeit des Zugangs zu einem Produkt, sondern alle Einschränkungen, die mit dem Fehlen dieses Produkts verbunden sind".

Botulinumtoxin ist ein Medikament, das für die Behandlung von spastischen Lähmungen unerlässlich ist, von denen mehrere Kinder betroffen sind, die eine Sonderschulbildung benötigen, und das aufgrund seiner hohen Kosten und der Tatsache, dass es von Unternehmen mit Ursprung in den USA oder mit kommerziellen Interessen in diesem Land stammt, schwer zu beschaffen ist. Dieses Medikament fördert nicht nur die motorischen Fähigkeiten, sondern hilft den Schülern auch, Bindungen zu entwickeln, die ihre vollständige Eingliederung in die Gesellschaft gewährleisten.

Der Journalist Jorge Enrique Jerez Belisario aus der Provinz Camagüey leidet unter den Folgen des Fehlens dieses Medikaments. Als Kind litt er an einer infantilen Zerebralparese, so dass sein rechter Arm weniger beweglich ist als der Rest seiner Gliedmaßen. Um der Spastik entgegenzuwirken und den Muskel zu entspannen, musste Kuba das Botulinumtoxin in Drittländern erwerben, was oft das Fünffache des Preises auf dem US-Markt kostete. Das Land musste 470 USD pro Einheit bezahlen, während dieses Medikament in den USA für weniger als 100 USD erhältlich war. Jorge musste etwa alle fünf Monate eine Injektion dieses Medikaments erhalten, und irgendwann wurde es so schwierig, es zu beschaffen, dass es nicht mehr möglich war, ihm das Medikament zu geben:

"Infolgedessen musste ich an meinem rechten Arm operiert werden, um seine Beweglichkeit zu verbessern. Heute kann ich sagen, dass ich der verbrecherischen Blockade der US-Regierung gegen Kuba und sein Volk eine Narbe auf meinem rechten Arm verdanke. Heute habe ich eine Tochter, und die Blockade hat mich daran gehindert, sie in meinen Armen zu tragen, wie es andere Eltern tun."

„Ich träume von dem Tag, an dem in der politischen Klasse der USA der gesunde Menschenverstand siegt und diese Maßnahmen, die ihr erklärtes Ziel, den Sturz der Regierung, nicht erreicht haben. Revolution, die für das kubanische Volk mit Sicherheit einen hohen Preis hatten, werden aufgehoben".

Von März 2023 bis Februar 2024 hatten die Einschränkungen der Importpläne und die teilweise oder sogar vollständige Annullierung von Verträgen, die für den Bildungssektor bestimmt waren, erhebliche Auswirkungen auf die für die Entwicklung des

Bildungswesens vorgesehenen Mittel. Diese Auswirkungen, die sich aus den bereichsübergreifenden Auswirkungen der Blockade auf die Kaufkraft des Landes ergeben, haben sich wie folgt niedergeschlagen:

- Für das Schuljahr 2023-2024 wurde ein Defizit von 436.984 Schuluniformen gemeldet. Der kubanische Staat subventioniert 50 Prozent der Herstellungskosten, aber der Mangel an Rohstoffen und die Suche nach Rohstoffen auf entfernten Märkten hat die Preise um das Vier- bis Fünffache erhöht.

- Aus demselben Grund war im Jahr 2023 die Produktion von 4.500.000 Bleistiften, 40.264 Einheiten von 100-Milliliter-Klebestiften und 279.924 Sets von 190-Gramm-Spielknete betroffen. Der Verlag "Pueblo y Educación" war ebenfalls nicht in der Lage, den Druck der Texte für die dritte Lehrplanverbesserung des nationalen Bildungssystems abzuschließen.

- Das Fach "Naturwissenschaften" und seine praktischen Demonstrationsklassen wurden erheblich dadurch beeinträchtigt, dass es nicht möglich war, 700 didaktische Module zu erwerben, die von 695 Schulen im ganzen Land benötigt werden.

- Im Jahr 2024 wird das nationale Bildungssystem schätzungsweise 21.789.000 USD benötigen, um den Bedarf an Studienmaterial zu decken und dessen Produktion zu gewährleisten. Achtunddreißig Stunden ohne Blockade würden es dem Land ermöglichen, über diese Mittel zu verfügen.

- Um den Gesamtbedarf an Computern in Bildungseinrichtungen zu decken, werden mehr als 21.000 Computer benötigt, deren Anschaffungspreis sich auf 25.200.000 USD beläuft, was den Kosten für 44 Stunden Blockade entspricht.

- Um den Bedürfnissen hörgeschädigter Kinder und Jugendlicher gerecht zu werden, werden insgesamt 1.115 Hörgeräte benötigt, deren Kosten sich auf 144.000 USD belaufen. Fünfzehn Minuten ohne Blockade würden es dem Land ermöglichen, über diese Mittel zu verfügen.

Die Blockade ist auch ein Hindernis für Kooperationsprojekte im Bildungsbereich. Die Fakultät für Architektur der Technologischen Universität "José Antonio Echeverría" von Havanna (CUJAE) hatte ein internationales Projekt mit einer Universität im Vereinigten Königreich koordiniert. Aus diesem Grund sollte sie eine Spende in Form von Computern und Computersoftware für die Erstellung von Lehrplänen erhalten.

Hierfür sollte eine Spende in Form von bestehend aus Computer-Hardware und anderer Computerausrüstung für die Einrichtung eines Labors in Höhe von 315.783 315.783 Euro erhalten werden. Es war nicht möglich, die Ausrüstung in das Land zu schicken, da sie zu mehr als 10 % aus US-Komponenten besteht.

Im Rahmen des Projekts Z17, mit dem sich die

Universität für Informationswissenschaften von Kuba zur technologischen Souveränität verpflichtet hat, wurden die Anwendungen Picta7, toDus8 und Apklis9 entwickelt, deren Fortschritte durch die technologische Blockade gebremst wurden. Zu den direkten Auswirkungen der Blockade gehören die Unmöglichkeit, auf virtuelle Bibliotheken zuzugreifen, und das Verbot, auf mehr als 300 Websites von Interesse im Internet zuzugreifen, was das Herunterladen von Tools zur Installation oder Aktualisierung von Technologien verhindert und die akademische Entwicklung, Forschung und Produktion der Universität behindert.

Darüber hinaus hat die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Landes dazu geführt, dass die Zahl der Studienabbrecher zugenommen hat, vor allem unter den Professoren in den Bereichen Lehre und Wissenschaft, die sich für andere, rentablere wirtschaftliche Tätigkeiten entschieden haben. Dies hat sich auch auf das Bildungssystem auf allen Ebenen ausgewirkt.

Im Sportbereich sind die Beschränkungen und Kosten für die Anschaffung von Sportgeräten, Stoffen, Schuhen, technischen Mitteln und Lehrmitteln, technologischen Hilfsmitteln usw. gestiegen, da der führende Hersteller all dieser Produkte die Vereinigten Staaten sind. Diese Artikel werden derzeit in Drittländern eingekauft, was die Kosten um mehr als 50 % erhöht, weshalb ihr Kauf begrenzt ist.

Auch viele der Trainingsbereiche weisen eine deutliche Verschlechterung auf. Dies hat zur Folge, dass unsere Sportler unter ungünstigen Bedingungen und mit sehr begrenzten Mitteln trainieren müssen, was eine Herausforderung für ihre Leistung und ihre professionellen Ergebnisse darstellt. Ein berüchtigtes Beispiel dafür sind die Geräte in den Fitnessstudios für Muskelaufbau. Fünfundsechzig Prozent der Geräte sind veraltet und weisen eine sichtbare Verschlechterung auf, weil sie zu lange benutzt und nicht ersetzt wurden.

Wie in den Vorjahren war auch dieser Zeitraum dadurch gekennzeichnet, dass die Verträge kubanischer Sportler, die verschiedenen Vereinen zugewiesen waren, nicht ausgezahlt wurden, da sich ausländische Banken und Finanzinstitute weigerten, mit der Internationalen Finanzbank (BFI) zusammenzuarbeiten. Zu den wichtigsten Auswirkungen während des Berichtszeitraums zählen die folgenden:

- Verweigerung oder nicht rechtzeitige Erteilung von Visa für Sportdelegationen.
- Es ist nicht möglich, Spenden direkt von Einrichtungen, Unternehmen oder Marken mit Ursprung in den USA zu erhalten, deren Komponenten zu mehr als 10 % in diesem Land hergestellt werden.
- Übermäßige und fremdenfeindliche Kontrollen von Delegationen kubanischer Sportler auf US-Flughäfen.
- Förderung der Auswanderung kubanischer Fachkräfte, die im Land ausgebildet wurden, mit dem daraus resultierenden Verlust Investitionen in ihre Ausbildung.

- Verbot von Zahlungen an Kuba für die Teilnahme an Sportveranstaltungen, Schiedsverfahren, Erstattung von Flugtickets und von kubanischen Sportlern gewonnenen Preisen. Im Bereich der Leichtathletik wurden beispielsweise die Kuba geschuldeten Zahlungen für die Teilnahme an der Staffel-Weltmeisterschaft im Mai 2021 in Polen und an der Leichtathletik-Weltmeisterschaft im August 2023 in Budapest (Ungarn) nicht getätigt.

In diesem Zeitraum hinderte die Blockade auch drei US-Athleten daran, während des Havana Skate Marathon ein Eislaufzelt als Spende zu überbringen. Auch die Lieferung von Segelbooten aus den Vereinigten Staaten nach Kuba als Spende, deren geschätzte Kosten zwischen 7.000 und 16.000 USD pro Stück liegen, wurde verboten.

Im Bereich der Kultur behindert die Blockade die Suche nach Marktnischen und Geschäftsmöglichkeiten; sie verhindert die Förderung, Verbreitung und Vermarktung unserer kulturellen Talente; sie senkt die Verkaufspreise und schränkt den Genuss unserer Kunst durch ein Publikum aus allen Kontinenten erheblich ein.

Für die kubanische Gesellschaft für Musikaufnahmen und -produktionen (EGREM) wurde es unmöglich, direkte Zahlungen von einigen Kunden, insbesondere aus Kolumbien, Mexiko, dem Vereinigten Königreich und Kanada, zu erhalten. Aufgrund des extraterritorialen Charakters der Blockade, die auf Banküberweisungen nach Kuba abzielt, erhält EGREM nicht mehr alle für die Ausfuhr von Dienstleistungen in Rechnung gestellten Einnahmen (Lizenzgebühren für Verkäufe).

Es gibt auch keinen direkten Zugang zum Vertrieb kubanischer Musik auf internationalen Plattformen, so dass EGREM zu diesem Zweck teurere tertiäre Dienste beauftragen muss, was sich in einem Rückgang von bis zu 30 % der Einnahmen niederschlägt, die das Land sonst hätte erzielen können.

Für kubanische Musiker ist es unmöglich, auf Spotify zuzugreifen, die wichtigste Plattform für den Konsum von Musik, die Erstellung von Künstlerprofilen und andere Funktionen. Andere Websites wie Vevo, das Musikvideos in hoher Auflösung veröffentlicht, und MySpace, das Profile der weltweit führenden Künstler enthält, sind in Kuba ebenfalls nicht zugänglich.

Der kubanische Nationalzirkus verzeichnet einen Verlust von 8 % bei jeder Zahlungsrechnung, die er für seine Verträge zur Aufführung seiner Shows im Ausland erhält, da er Schwierigkeiten mit den Zahlungsportalen hat.

Was die Literatur betrifft, so haben sich aufgrund des Rohstoffdefizits etwa 1.266 unveröffentlichte Titel angesammelt, was 4.092.977 Exemplaren entspricht. Diese Realität hat das Land gezwungen, die Entscheidung zu treffen, keinen neuen Verlagsplan für gedruckte Bücher im Jahr 2024 zu genehmigen.

Im November 2023 wurde ein Vertrag mit dem US-

amerikanischen Bildungsunternehmen Savvas Learning über die Aufnahme von Werken des kubanischen Dichters, Erzählers und Dramatikers Virgilio Piñera in spanischsprachige Lehrbücher unterzeichnet. Das Rechtsteam des Unternehmens empfahl jedoch, den Vertrag aufgrund der abschreckenden Wirkung der Blockade nicht zu unterzeichnen und die Hindernisse in Form von Zahlungen.

Kuba wurde der Zugang zur Webseite des Verzeichnisses des Globalen Netzwerks der mit der UNESCO assoziierten Schulen verweigert, und zwar aus den ausdrücklichen Gründen der US-Blockade. Auch war es nicht möglich, auf die von der UNESCO angegebene Plattform für die Erstellung des vierjährigen Berichts zum Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen zuzugreifen.

In dieser Zeit war der Kultursektor auch das Ziel der subversiven Politik der Vereinigten Staaten gegen Kuba, die darauf abzielt, Unzufriedenheit zu schüren, zur Emigration anzustiften und eine heftige Medienkampagne gegen kubanische Künstler zu führen, die weiterhin im Land arbeiten, sowie gegen Künstler, die die Insel besuchen möchten.

Ein Beispiel dafür ist der Vorfall, der sich Ende 2023 mit der bekannten amerikanischen Sängerin Norah Jones ereignete, die aufgrund des Medienboykotts, den sie infolge ihres angekündigten Besuchs auf der Insel erlitt, nicht nach Kuba reisen und an einem musikalischen Erlebnis in dem Land teilnehmen konnte.

Auswirkungen auf wirtschaftliche Entwicklung, Handel und Finanzen

Die kubanische Wirtschaft entwickelte sich im Jahr 2023 schlecht, was auf starke externe Schocks zurückzuführen war. Die begrenzte Verfügbarkeit von harter Währung, Betriebsmitteln und Brennstoffen war der Grund dafür, dass das prognostizierte Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 3 % nicht erreicht werden konnte.

Die kubanische Wirtschaft wies im Jahr 2023 eine diskrete Leistung auf, die die starken externe Schocks widerspiegelt. Die Einschränkungen der Verfügbarkeit von Devisen, Vorleistungen und Brennstoffen und Brennstoffen bedeutete, dass es nicht möglich war, das prognostizierte Wirtschaftswachstum von 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu konstanten Preisen zu erreichen, was zu einem Rückgang zwischen 1 bis 2 % bis zum Ende des Jahres führte.

Die Exporte sind im Vergleich zu 2019 weiterhin um mehr als 3.000.000.000 USD zurückgegangen. Strategische Sektoren wie die Landwirtschaft und das verarbeitende Gewerbe haben in den letzten fünf Jahren Rückgänge von mehr als 25 Prozent zu verzeichnen.

Aufgrund der Aufnahme Kubas in die einseitige Liste der mutmaßlichen staatlichen Förderer des Terrorismus sind die Preise für ausländische

Investitionsunternehmen gestiegen. Kommerzielle Operationen, Kooperationsmaßnahmen und Investitionsprojekte, die sich in verschiedenen Stadien der Umsetzung befinden, wurden ebenfalls gestrichen.

Laut Gesetz verbietet die Blockade Schifffahrtsunternehmen aus anderen Ländern, sechs Monate lang einen US-Hafen anzulaufen, wenn sie zuvor einen kubanischen Hafen angelaufen haben. Es handelt sich um eine Maßnahme, die zusätzliche Kosten für den Seeverkehr und den Außenhandel unseres Landes mit sich bringt und zudem eine aggressive Bestimmung gegenüber Dritten darstellt.

Für den Zeitraum von März 2023 bis Februar 2024 werden die Verluste, die sich aus der geografischen Verlagerung des Handels ergeben, da auf weit entfernte Märkte ausgewichen werden muss, auf rund **581.700.000 USD** geschätzt.

Ebenso belaufen sich die Kosten für Fracht, Versicherung und die Inanspruchnahme von Zwischenhändlern und die daraus resultierende Verteuerung der Waren auf **485.700.000 USD**.

Außerdem gibt es ein System drakonischer Geldstrafen zur Verfolgung kubanischer Transaktionen mit Drittländern, was unseren Außenhandel noch teurer macht.

Von März 2023 bis Februar 2024 betrug die Zahl der ausländischen Banken, die sich aus verschiedenen Gründen weigerten, Geschäfte mit kubanischen Bankinstituten zu tätigen, 48 (28 aus Europa, 14 aus Amerika und 6 aus dem Rest der Welt), wobei 155 Geschäfte betroffen waren. Der Rückgang gegenüber dem vorangegangenen Bericht ist auf den Rückgang der Außenhandelsaktivitäten des Landes, einschließlich der Importe, aufgrund des Mangels an Liquidität und Zugang zu harter Währung zurückzuführen.

Trotz dieses Rückgangs der Handels- und damit auch der Banktätigkeit wurden die Auswirkungen auf die kubanischen Banken für den Zeitraum von März 2023 bis Februar 2024 auf **360.000.000 USD** geschätzt, 28,5 Prozent höher als die Zahlen im vorherigen Bericht, was auf die starken Wechselkursschwankungen zurückzuführen ist, die sich aus der Verwendung von Drittländerswährungen, dem Verbot der Verwendung des US-Dollars und der Notwendigkeit ergeben, nach Alternativen zu suchen, damit die entsprechenden Finanzströme das Land und andere Ziele erreichen können.

Ebenso konnte Kuba nur in sehr begrenztem Umfang und unter äußerst schwierigen Bedingungen Zugang zu externer Finanzierung erhalten. Aufgrund der Einstufung Kubas als "Länderrisiko" müssen kubanische Banken und Unternehmen weiterhin hohe Zinssätze zahlen, die über den marktüblichen liegen.

Diese Situation hat die makroökonomischen Ungleichgewichte verstärkt, die in einer kumulativen Inflation ausgedrückt werden, die für Ende 2023 auf 30 Prozent geschätzt wurde, wobei sich die verschiedenen Märkte unterschiedlich verhalten (6,3 Prozent im

staatlichen Sektor, 62 Prozent im nichtstaatlichen Sektor und 72 Prozent im Agrarsektor).

Diese hohe Inflation ist auf die Ausgabe von Geld durch den Staat zur Finanzierung des Haushaltsdefizits, den Rückgang des Angebots, vor allem im staatlichen Sektor, die importierte Inflation aufgrund der hohen Preise auf dem Weltmarkt und vor allem auf die eingeschränkte Einfuhr von Hartwährung in das Land infolge der Verschärfung der Blockade zurückzuführen.

Ein solcher Einfluss ist auch das Ergebnis von Desinformationskampagnen und finanzieller Manipulation durch virtuelle Instrumente wie "El Toque", die von Organisationen wie dem National Endowment for Democracy (NED) und der US Agency for Global Media (USAGM) finanziell unterstützt wird, die über das Unternehmen Media Plus Experience Inc. 150.000 USD zur Verfügung gestellt haben, ein System, das geschaffen wurde, um die Gelder der genannten Institutionen zu waschen. Ziel ist es, die Wechselkurse im Lande zu verzerren und die Abwertung des kubanischen Peso gegenüber dem US-Dollar zu fördern, um Preisinstabilität, eine Verringerung der Kaufkraft der Bevölkerung und die daraus resultierende soziale Unzufriedenheit zu erzeugen.

Die Verknappung von Waren und Dienstleistungen auf den formellen Märkten, die Ausbreitung des informellen Marktes und der Anstieg der Preise haben die Kaufkraft von Gehältern und Renten verschlechtert. Obwohl das Durchschnittsgehalt in den staatlichen Unternehmen auf 4.856 Euro angehoben wurde Pesos im Jahr 2023 konnte dieses Wachstum den Anstieg des Verbraucherpreisindex nicht ausgleichen, der am Ende des ersten Halbjahres 2023 im Durchschnitt einen Anstieg von etwa 45 % gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2022 erreichte.

Trotz des festen Willens des Staates, Mittel und Wege zu finden, um die Auswirkungen der Blockade abzumildern, ist die wirtschaftliche Realität weiterhin ungünstig. Das Hauptelement, das eine schnellere und dynamischere Entwicklung der Wirtschaft verhindert hat, war die Unmöglichkeit, die erwarteten Exporteinnahmen zu erzielen. In diesem Zeitraum beliefen sich die Schäden und Verluste, die allein durch die Blockade in diesem Wirtschaftszweig verursacht wurden, auf **3.161.700.000 USD**, das entspricht 62,5 Prozent der gesamten Schäden, die im Berichtszeitraum als Folge dieser Politik gemeldet wurden.

Die US-Regierung hat den **Tourismus**, die Haupteinnahmequelle des Landes, als politische Waffe gegen Kuba eingesetzt. Sie ist sich der Bedeutung dieses Sektors für die Entwicklung der Insel bewusst, weshalb sie entschlossen ist, ihn anzugreifen. Von März 2023 bis Februar 2024 verursachte die Blockade, die vor allem die Erholung dieses Sektors behindert, Verluste in Höhe von **2.499.700.000 USD**.

Zu den geltenden Maßnahmen gehören:

- Ein Verbot von Reisen von Amerikanern nach Kuba zu touristischen Zwecken. US-Bürger können Kuba nicht

normal besuchen. Dies ist nur möglich nur mit Hilfe von Lizenzen möglich, die die im Rahmen der Blockade erteilt wurden, mit zahlreichen Einschränkungen. Sie müssen Reisekategorie beantragen, die zu den erlaubten gehört, was zu einer sehr hohen Abschreckungswirkung führt.

- Das Verbot von Individualreisen unter der Kategorie "People-to-People". Dies war eine der Strafmaßnahmen von Präsident Trump, die Amerikaner dazu zwang, in Gruppen und unter der Schirmherrschaft, Aufsicht und rechtlichen Verantwortung einer US-Organisation nach Kuba zu reisen.

- Die permanente Liste des Außenministeriums mit der Bezeichnung "List of Restricted Cuban Entities" und die "List of Prohibited Accommodations" (Liste der verbotenen Unterkünfte) haben bemerkenswerte Schäden bei der Unterbringung in Hotels, Mietshäusern und Betrieben mit mehreren kubanischen Unternehmen ergeben. Die erste Liste umfasst 231 Einrichtungen oder Unternehmen, also praktisch den gesamten kubanischen Wirtschaftssektor, während die zweite Liste 422 Hotels und Unterkünfte, also fast alle Hoteleinrichtungen, umfasst. Die Bestimmung gilt für US-Bürger, denen es untersagt ist, in den aufgelisteten Einrichtungen unterzukommen oder mit ihnen Geschäfte zu machen, aber in der Praxis werden auch Personen aus Drittländern aufgrund der Verwirrung und der Angst, die diese schwarzen Listen hervorrufen, von einer Reise nach Kuba abgehalten.

Infolge der Aufnahme Kubas in die Liste der mutmaßlichen staatlichen Förderer des Terrorismus kann ein Reisender, der Kuba besucht, nicht am elektronischen Reisegenehmigungssystem (ESTA) teilnehmen und muss für die Einreise in die Vereinigten Staaten ein Visum beantragen. Es ist bekannt, dass mehrere europäische Regierungen, darunter Deutschland, Spanien und die Niederlande ihre Bürger vor dieser Einschränkung gewarnt haben.

Diese Maßnahme hat sich erheblich auf den Tourismussektor ausgewirkt. Es genügt zu betonen, dass sich die Zahl der internationalen Besucher Kubas aus den sieben wichtigsten Ausstellungsländern der Europäischen Union im Jahr 2019 auf 730.211 belief. Im Jahr 2023 werden es nur noch 324.032 sein, d.h. 44 Prozent des Wertes von 2019.

In diesem Zeitraum verweigerte die US-Regierung 300.000 Europäern, die Kuba besuchten, den ESTA-Zugang. Dies ist ein klares Beispiel für die einseitige Verhängung von Beschränkungen, die die Freizügigkeit einschränken.

So wurden beispielsweise zwei Teilnehmer des neunundsechzigsten Treffens der UN-Tourismus-Regionalkommission für Nord- und Südamerika am 1. Mai 2024 auf dem internationalen Flughafen "José Martí" in Havanna von ihrem Flug abgezogen. Nicole Sigmaringo, Mitbegründerin von Quantum Temple, und Emilio Izquierdo, Geschäftsführer von Maraey, wurden von American Airlines darüber informiert, dass sie ihren Flugplan nicht zu Ende führen konnten, weil er eine

Zwischenlandung in den USA vorsah und es für sie unmöglich war, nach ihrem Besuch in Kuba mit dem ESTA in die USA einzureisen.

Während des Berichtszeitraums haben mehrere Fluggesellschaften ihre Flüge nach Kuba mit der Begründung gestrichen, dass die Nachfrage gering und der Betrieb wirtschaftlich nicht machbar sei. Dies gilt beispielsweise für den Reiseveranstalter TUI, der die Flüge nach Varadero aus den Niederlanden und Belgien bis zum Winter 2024-2025 nicht wieder aufnehmen wird.

Die US-Fluggesellschaft Southwest Airlines kündigte an, ihre Flüge von einigen Orten in Florida nach Havanna zu streichen, und schloss sich damit JetBlue, Delta und United an, die in der zweiten Jahreshälfte 2023 ihre Flüge auf die Insel reduzierten oder einstellten.

Um sich ein wirkliches Bild von den Auswirkungen der Blockade auf den Tourismussektor machen zu können, muss man die kubanischen Erfahrungen mit den internationalen Trends und den Fortschritten anderer Länder in diesem Bereich vergleichen.

Im Jahr 2023 erreichte der internationale Tourismus 88 % des vor der COVID-19-Pandemie verzeichneten Niveaus. Der amerikanische Kontinent konnte 90 Prozent des Tourismus zurückgewinnen. Die Dominikanische Republik, ein Land mit einer ähnlichen Bevölkerungszahl wie Kuba, verzeichnete im Jahr 2023 mehr als 10 Millionen Besucher. Die wichtigste Quelle für Reisende waren die Vereinigten Staaten mit etwa 4,4 Millionen Besuchern.

Entgegen diesem Trend hat Kuba bis Ende 2023 2.436.980 internationale Besucher empfangen, was 70 Prozent des festgelegten Plans und 57 Prozent der 2019 erreichten Zahl entspricht.

Von der Gesamtzahl der Besucher, die während des Berichtszeitraums auf der Insel ankamen, waren nur 163.455 Amerikaner, eine Zahl, die weit unter den Zahlen in den Spitzenzeiten lag, als das Land 2018 insgesamt 638.365 Personen aus den USA empfing.

Wäre die Blockade nicht gewesen, wäre Kuba mit seinen Hotelketten, einem breiten Angebot und einer guten Infrastruktur ein konsolidiertes Reiseziel auf dem US-Markt. von kommerziellen Flügen zwischen seinen Zielorten und vielen US-Städten und ein viel umfassenderes touristisches Angebot.

Gäbe es nicht das Verbot für US-Bürger, als Touristen nach Kuba zu reisen, könnte die jährliche Zahl der US-Besucher auf der Insel schätzungsweise 1.500.000 Reisende erreichen, was die Vereinigten Staaten zum wichtigsten Reisemarkt für den Antillenstaat machen würde. Zieht man von dieser Zahl diejenigen ab, die während des Berichtszeitraums nach Kuba gereist sind (163.455 Reisende), so ergibt sich, dass schätzungsweise 1.336.545 Personen aus den Vereinigten Staaten das Land aufgrund der Blockade nicht besucht haben. Hätten sie dies getan, so hätte die

kubanische Tourismusindustrie schätzungsweise 1.730.825.775 USD auf dem US-Markt verdient.

Das kubanische Hotelgewerbe ist weiter gewachsen und hat sich verbessert. Es verfügt über mehr als 80.000 Zimmer, zusätzlich zu den mehr als 20.000 Zimmern in Privathäusern, die das nationale Angebot ergänzen. Es gibt also genügend Kapazitäten, um die eventuelle Nachfrage zu decken.

Aber auch die über digitale Plattformen und soziale Netzwerke gestarteten Verleumdungskampagnen über das soziale Klima in Kuba und insbesondere über die Qualität der touristischen Dienstleistungen haben den Sektor stark in Mitleidenschaft gezogen. Hinzu kommt die Schließung der Bankkonten von Havannatur im Ausland, was die Durchführung von Handelsgeschäften in Drittländern und den Verkauf von Pauschalreisen nach Kuba beeinträchtigt hat.

Das Verbot für US-amerikanische und europäische Kreuzfahrtgesellschaften, kubanische Häfen anzulaufen, das durch die Geldstrafen und Gerichtsverfahren, die gegen sie wegen ihrer Geschäfte mit Kuba eingeleitet wurden, noch verschärft wurde, hat weitere Fortschritte im Tourismussektor beeinträchtigt.

Die Kreuzfahrtgesellschaft Swan Hellenic hat beschlossen, die ursprünglich für 2024 und 2025 geplanten Routen nach Kuba zu streichen, da Passagiere, die im Besitz eines ESTA-Visums sind, die Möglichkeit verlieren würden, mit dieser Erleichterung in die USA einzureisen, wenn sie die Insel zuvor besucht haben.

Die Reederei Sea Cloud Cruises hat außerdem beschlossen, alle für die Saison 2023-2024 geplanten Routen ihres Kreuzfahrtschiffs Sea Cloud II nach Kuba zu streichen, da die in der Karibik ansässigen Unternehmen, die für die Versorgung der Kreuzfahrtschiffe mit Treibstoff zuständig sind, ihren Sitz in den Vereinigten Staaten haben und sich weigern, den Schiffen diesen lebenswichtigen Rohstoff zu liefern, wenn sie kubanische Häfen anlaufen.

Wäre der Kreuzfahrttourismus beibehalten worden, hätte das Land während des Berichtszeitraums etwa 56.000.000 USD einnehmen können, eine Zahl, die die Bemühungen der Regierung um die Wiederbelebung der nationalen Wirtschaft und der wichtigsten sozialen Sektoren des Landes unterstützen würde.

Außerdem könnte Kuba als ein natürliches US-Gebiet für die Ausübung und das Vergnügen des Segelsports und des nautischen Tourismus betrachtet werden. Die Einnahmen Kubas aus diesen Sportarten hätten sich auf nicht weniger als 61.000.000 USD belaufen. Die Zahl der in das Land eingelaufenen US-Schiffe war jedoch minimal – nur 113, mit etwa 324 Seglern.

Kubanische Reisebüros können auch nicht die globalen Vertriebssysteme (GDS) Galileo, Sabre und andere nutzen. Ebenso wurden zahlreiche kubanische Hotels aus den Listen von Trivago, Expedia und Booking.com gestrichen, was die Vermarktung ihres touristischen

Angebots verhindert.

Die Auswirkungen dieser Effekte auf den mit dem Tourismus verbundenen nichtstaatlichen Sektor werden im nächsten Abschnitt erörtert.

Auch der **Biotechnologiesektor** ist von der Blockade betroffen. Das "kubanische Demokratieggesetz" (Torricelli-Gesetz) verbietet ausdrücklich den Verkauf von Betriebsmitteln und Rohstoffen für die kubanische Biotechnologieindustrie.

Trotzdem hat sich das Land verpflichtet, diesen Sektor als Pfeiler der Entwicklung und der nationalen Souveränität voranzutreiben, was durch die Herstellung eigener COVID-19-Impfstoffe bewiesen wurde, deren Wirksamkeit auf nationaler und internationaler Ebene, sogar bei Kindern, nachgewiesen wurde.

Das kubanische Nationale Zentrum für wissenschaftliche Forschung arbeitet an einem kubanischen Impfstoffprojekt gegen das humane Papillomavirus (HPV). Das Unternehmen BioCuba-Farma hat dieses Projekt als "vorrangig" eingestuft, da diese Infektion die Hauptursache für Gebärmutterhalskrebs ist, der die fünfthöchste Sterblichkeitsrate bei Frauen in Kuba und die zweithöchste Inzidenz bei Frauen zwischen 15 und 44 Jahren darstellt.

Die Fortschritte wurden jedoch behindert durch Schwierigkeiten beim Zugang zu analytischen zu analytischen Instrumenten und immunologischen immunologischen Tests, die Kuba 2023 unter anderem von der US-Firma Addgene und dem südkoreanischen Unternehmen MacroGen verweigert wurden. Trotz ihrer Bereitschaft zur Zusammenarbeit wurde Forschern des Nationalen Krebsinstituts in den Vereinigten Staaten mitgeteilt, dass sie die benötigten Reagenzien aufgrund der Bestimmungen der Blockade nicht nach Kuba schicken können.

Im Berichtszeitraum belief sich der Schaden in diesem Bereich auf ca. **124.168.500 USD**, hauptsächlich in Form von entgangenen Exporteinnahmen, Verlusten durch die geografische Verlagerung des Handels und monetären Auswirkungen.

Für das Finlay Vaccine Institute (IFV), Hersteller der kubanischen Impfstoffe gegen COVID-19, Soberana 02 und Soberana Plus, verursachte die Blockade Schwierigkeiten bei sieben Vorgängen, von denen vier Reagenzien und Rohstoffe betrafen, 1 mit Vorleistungen und 2 mit Ausrüstungen von US-Herstellern.

Von März 2023 bis Februar 2024 tätigte das kubanische Unternehmen für digitale Medizintechnik, COMBIO-MED, unter anderem Transaktionen zum Erwerb von invasiven Blutdruckmessgeräten, Kinographiesensoren und Hochleistungscomputern, die jedoch abgelehnt wurden.

Darüber hinaus weigerte sich ein mittelamerikanisches Unternehmen am 20. Februar 2024, spezielle Farben zu verkaufen, die für die Produktionsbereiche des kubanischen Zentrums für Gentechnik und

Biotechnologie benötigt werden.

Der durch die Blockade verursachte wirtschaftliche Schaden für den **Kommunikations- und Informationstechnologiesektor**, einschließlich der Telekommunikation, von März 2023 bis Februar 2024, wurden auf **58.772.100 USD** geschätzt.

Es ist nach wie vor unmöglich, von führenden Marken und/oder Hochleistungsgeräten auf dem Kommunikationsmarkt zu kaufen, die von US-Unternehmen patentiert sind. So werden beispielsweise die Spezialwerkzeuge von KLEIN und BOSCH nicht mehr an das kubanische Unternehmen ETECSA von den Händlern verkauft, die sie früher geliefert haben.

Auch andere Lieferanten haben beschlossen, Kuba aufgrund der Blockade keine Reparaturen mehr zu liefern, was sich auf Empfänger, Verstärker, Satellitenkommunikationsdienste, Datenübertragung und das nationale Fernsehsignal auswirkt.

Die Sperrung des Zugriffs auf die Adobe-Website verhindert auch den Zugriff auf wichtige Online-Ressourcen. Ähnlich verhält es sich mit anderen interessanten Websites, wie Source Forge, WeTransfer und den Websites von DELL und Intel.

Am 17. Juli 2023 erhielt die Unternehmensgruppe Correos de Cuba eine Nachricht von der spanischen Fluggesellschaft Air Europa, in der die Einstellung des kubanischen Postpaketdienstes mitgeteilt wurde.

Zur Begründung ihrer Entscheidung führten sie an, dass sie sich mit ihrer Rechtsabteilung beraten müssten, ob der Nachrichtenaustausch zwischen CARDIT und RESDIT gegen die Blockadebestimmungen verstoße. Bisher wurden trotz der Behauptungen der kubanischen Seite keine Informationen über das Ergebnis dieser Konsultation übermittelt. Diese Annullierung hat erhebliche Auswirkungen auf die Qualität des Dienstes von Correos de Cuba, da ihm die direkte Postzustellung nach Europa, Asien und Teilen von Afrika entzogen wird.

Die Teilnahme kubanischer Vertreter an Sitzungen und anderen Online-Veranstaltungen der Organisationen der Vereinten Nationen ist nach wie vor mit vielen Schwierigkeiten verbunden, da Kuba den Zugang zu mehreren für diese Zwecke genutzten digitalen Plattformen, wie z. B. Zoom, eingeschränkt hat.

Darüber hinaus ist der Zugang zu Breitband-Internetverbindungen nach wie vor eingeschränkt, was dazu führt, dass Software, Musik, Radio- und Fernsehprogramme, die in Echtzeit übertragen werden, langsamer heruntergeladen werden können.

Der Weltmarkt für Radio- und Fernsehgeräte wird von internationalen Unternehmen und Konzernen wie Sony, Panasonic, JVC und anderen beherrscht, die den Vertrieb ihrer Produkte nach geografischen Regionen aufteilen.

Für das kubanische Institut für Information und soziale

Kommunikation bedeutet dies, dass die Ressourcen über autorisierte Vertriebshändler für Lateinamerika beschafft werden müssen, von denen sich viele in Miami befinden. Daher bleiben kubanische Kaufanfragen aufgrund der Blockade ungehört, so dass das Land gezwungen ist, auf Zwischenhändler in Europa zurückzugreifen. Dadurch befindet sich Kuba in einer sehr ungünstigen Lage, um seine Technologie zu modernisieren.

In den sozialen digitalen Plattformen gibt es ein Design, das darauf abzielt, die Meinungsmatrizen zu positionieren, die die Vereinigten Staaten heute nutzen, um ihre Blockade gegen Kuba zu rechtfertigen. Viele dieser Seiten, wie ADN Cuba, Ciber Cuba, Cubanet und andere, schließen sich dem Medienkreuzzug gegen unser Land an, um seine Realität zu verzerren. Das Ziel ist es, die kubanische Regierung für Folgendes verantwortlich zu machen: Die Auswirkungen der von den Vereinigten Staaten angewandten unfairen Maßnahmen, die Teil einer permanenten Desinformations- wie psychologischen Kriegsführungs- und Diskreditierungskampagne sind, die in großem Umfang mit Bundesmitteln aus dem US-Haushalt finanziert wird, von denen ein Teil öffentlich bekannt gegeben wird und die sich jährlich auf mehrere zehn Millionen Dollar belaufen, zusätzlich zu den verdeckten Mitteln, mit denen diese Plattformen ebenfalls unterstützt werden.

Allein für das Haushaltsjahr 2024 wurden 25.000.000 USD für Programme zur angeblichen Unterstützung der Demokratie in Kuba und ein gleicher Betrag für das Büro des kubanischen Rundfunks genehmigt. Dabei handelt es sich um Bundesmittel, die für Programme vorgesehen sind, die der kubanischen Souveränität schaden und darauf abzielen, Veränderungen im politischen, wirtschaftlichen und sozialen System des Landes zu fördern. Die Radio- und Fernsehsendungen sind illegal und verstoßen gegen das Völkerrecht und die kubanische Verfassungsordnung.

Der durch die Blockade verursachte Schaden für die kubanische **Industrie und den Unternehmenssektor** wird für den Berichtszeitraum auf über **1.309.500.000 USD** geschätzt. Diese hängen hauptsächlich mit den entgangenen Einnahmen aus dem Export von Waren und Dienstleistungen, der geografischen Verlagerung des Handels, Wechselkursschwankungen, den Auswirkungen der technologischen Blockade und der Treibstoffknappheit zusammen, die sich auf das gesamte Industrie- und Geschäftssystem auswirkten.

Einige der bemerkenswertesten Auswirkungen in diesem Sektor während des Berichtszeitraums sind im Folgenden aufgeführt:

- Die Einzelhandelskette Caribe erhielt 2.247 Container mit Lebensmitteln und Toilettenartikel; 40 Prozent (898) dieser Produkte hätten auf dem US-Markt zu einem niedrigeren Preis erworben werden können, was zu einem geschätzten Verlust von 1.767.500 USD führte. Die Verzögerungen bei den Lieferungen führten zu Ausfällen bei der Versorgung der Handelseinheiten mit Waren.

- Das Hygiene- und Reinigungsprogramm wurde durch Unterbrechungen bei der Versorgung mit Zahnpasta, Chlorbleiche und Bodenreinigungstüchern beeinträchtigt, die auf den Mangel an Rohstoffen in der Industrie zurückzuführen sind, sowie durch die Instabilität der Lieferungen, die zu einem erheblichen Engpass auf dem Markt führten.

- Die Einzelhandelskette Caribe hat außerdem im Jahr 2023 eine große Menge an Ausrüstungsgegenständen abgeschrieben, da es an Reparaturteilen mangelte.

- Das Telekommunikationsunternehmen COPEXTEL S.A. konnte nur von 75 der insgesamt 687 Lieferanten importieren. Von diesen 75 Lieferanten sind 97,2 Prozent Zwischenhändler, was die schwierigen Bedingungen verdeutlicht, unter denen das Unternehmen seine Geschäfte abwickelt.

- BRASCUBA hat die Produktion von 50,8 Millionen Zigaretten der Rothman Fresh-Linie mit einem Umsatzverlust von 1.491.800 USD eingestellt, da es nicht möglich war, das für die Zigarettenkapseln benötigte Rohmaterial zu beschaffen, nachdem der Lieferant beschlossen hatte, nicht mehr nach Kuba zu verkaufen.

Für die **Baustoffindustrie** war das Jahr 2023 eines der schwierigsten und mit den niedrigsten Produktionsniveaus der letzten 60 Jahre. Diese Ergebnisse sind auf Einschränkungen bei der Lieferung von Energieträgern und Brennstoffen, die schlechte Verfügbarkeit von Zement zur Herstellung von Beton, die Unmöglichkeit der Einfuhr von Ersatzteilen, Roh- und Hilfsstoffen für die Produktion und den Mangel an Finanzquellen im fünften Jahr in Folge zurückzuführen. Hinzu kommen die Kündigung von Verträgen mit ausländischen Lieferanten und Probleme beim Transport.

Das Ergebnis ist:

- Ende 2023 betrug der Anteil der Lieferungen an den Großhandel nur noch 48 Prozent. Das Unternehmen Acinox produzierte eine begrenzte Anzahl von Stabstahl für den Handel. Die Stahllieferungen für das Baugewerbe deckten nur 12 % des Bedarfs.

- Die Werkstoffindustrie lieferte nur 25 Prozent der Sanitärkeramik und 60 Prozent der keramischen Bodenbeläge.

- Die Empresa Comercializadora de Cemento (ECOCEM) erfüllte nur 34 Prozent der Zementlieferungen. Von den geplanten 115.290 Tonnen wurden nur 38.963 Tonnen geliefert.

- Was den Fertigteilplan anbelangt, so wurden nur 62 % des Plans für das Wohnungsbauprogramm umgesetzt.

- Bei den Tanks und Dächern wurden 24 % des Plans für 2023 erfüllt. Ebenso wurden von den 586.000 Litern Farbe, die geplant waren, nur 125.300 Liter geliefert, also 21 Prozent.

- Nach konservativen Schätzungen werden insgesamt

3.893.000.000 USD benötigt, um das Wohnungsdefizit des Landes zu beheben und 467.149 Wohnungen zu bauen. Neun Monate ohne Blockade würden diese Finanzierung möglich machen.

Der durch die Blockade verursachte Schaden für den **Transportsektor** in seinen vier Zweigen – Seeverkehr, Automobil, Eisenbahn und Luftfahrt - belief sich im Berichtszeitraum auf 167.163.090 USD.

In den letzten vier Jahren kam es zu einer fortschreitenden Verschlechterung der gesamten Personenbeförderungskapazitäten und -infrastruktur aufgrund des schlechten technischen Zustands der Fahrzeuge, des fehlenden Zugangs zu Ersatzteilen, der mangelnden Liquidität, der Verweigerung von Zulieferern sowie der seit 2019 von der US-Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Verhinderung von Treibstofflieferungen nach Kuba, die sich in diesem Bereich verheerend auswirkten. Dies hat zu einem reduzierten Angebot an Dienstleistungen und damit zu schwerwiegenden Auswirkungen für die Bevölkerung geführt.

Die Hauptschwierigkeiten sind die Unmöglichkeit, Teile und Ersatzteile zu beschaffen, was zu einer übermäßigen Verschlechterung der in Betrieb befindlichen Transportmittel geführt hat, sowie der Mangel an Schmiermitteln, Fetten und Spezialflüssigkeiten, der den Einsatz dieser Transportmittel gefährdet.

Um den nationalen Transportbedarf zu decken, werden schätzungsweise 14 380 Busse im Wert von 2.850.000.000 USD und 12 250 Autos oder Kleinbusse im Gesamtwert von 450.000.000 USD benötigt. Zusammengenommen entsprechen diese Beträge den Kosten einer 8-monatigen Blockade.

Derzeit befinden sich 38 % der Straßen in einem mittelmäßigen oder schlechten Zustand. Bei den Brücken sind 17 Prozent in der gleichen Situation. Die Hauptursache für die Verschlechterung des Straßennetzes ist die Unmöglichkeit, Schlaglöcher rechtzeitig zu flicken und zu pflastern, weil es an Material und finanziellen Mitteln für die Herstellung und den Einbau des Asphaltmischguts fehlt.

Im Seeverkehr gelten nach wie vor Beschränkungen für internationale Schiffseigner, auf deren Schiffen kubanische Besatzungsmitglieder fahren, sowie Beschränkungen für den Zugang zu US-Häfen gemäß dem 1992 vom US-Kongress verabschiedeten Torricelli-Gesetz.

Andererseits wurden die Interline-Abkommen für den Frachttransport weiterhin gekündigt, was die Kommerzialisierung dieses Dienstes mit Luftfrachtbriefen der Cubana de Aviación verhindert und einen Aufschwung des Verkaufs von Gütern mit mehreren Bestimmungs-orten in kommerziellen Partnerschaften mit Avianca, DHL, Air France, Air Caraïbes, LATAM, Air Canada und Aeromexico verhindert. Die Annullierung dieser Vereinbarungen beeinträchtigt die Export- und Importfrachttransportdienste, die den kubanischen Unternehmen und nichtstaatlichen Akteuren angeboten werden

können, da sie alternative Routen mit höheren Kosten für den Frachttransport nutzen müssen. Wie alle anderen Verkehrssektoren in Kuba wurde auch der Luftverkehr im Laufe der Jahre durch die Blockademaßnahmen hart getroffen. Dies hat Cubana de Aviación Verluste in Millionenhöhe beschert, da Flugzeugleasingverträge gekündigt wurden, Bankkonten und Handelsgeschäfte geschlossen wurden und das Unternehmen nicht in der Lage war, bei internationalen Banken Kredite für die Wartung und Reparatur seiner Flotte aufzunehmen.

Sie ist auch nicht in der Lage, Flugzeuge zu kaufen aufgrund der Verordnung, die Kuba daran hindert, Mittel und Ausrüstung zu kaufen, die mehr als 10 Prozent der US-Bauteile, was sich auch auf den inländischen Luftverkehr auswirkt. All dies wird durch die willkürliche und unbegründete Aufnahme Kubas in die von der US-Regierung einseitig erstellte Liste der Länder, die angeblich den Terrorismus unterstützen, noch verschärft.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Im April 2024 lehnte das Bureau of Industry and Security des US-Handelsministeriums den Lizenzantrag eines spanischen Unternehmens ab, das ein Flugzeug vom Typ ATR 72-212A für Inlandsflüge nach Kuba exportieren wollte. In der eingegangenen Mitteilung wurde argumentiert, dass ein solches Vorhaben den außenpolitischen Interessen der USA schaden könnte.

Während des Berichtszeitraums wurde auch der Bezug von Flugöl negativ beeinflusst, da das französische Unternehmen Total S.A. die Lieferung von Flugöl einstellte.

Im März 2024 teilte das argentinische Unternehmen Yacimientos Petrolíferos Fiscales S.A. (YPF) der Cubana de Aviación mit, dass es sich aufgrund der US-Blockade gegen Kuba weigere, kubanische Flugzeuge weiterhin mit Treibstoff zu versorgen. Infolgedessen war Cubana de Aviación gezwungen, den seit 39 Jahren bestehenden regelmäßigen Flugverkehr zwischen den beiden Ländern einzustellen.

Die Durchsetzung dieser willkürlichen Maßnahme durch YPF Argentina ist ein klarer Beweis für den extraterritorialen Charakter der Blockade, die zudem gegen die Regeln des internationalen Handels und die nationalen Rechtsvorschriften Argentiniens verstößt.

Von März 2023 bis Februar 2024, die Auswirkungen auf den **Energie- und Bergbausektor** waren ebenfalls bemerkenswert und beliefen sich auf **388.239.830 USD**.

Eine der verwerflichsten Maßnahmen, weil grausam und völkerrechtswidrig, ist die Verhinderung von Treibstofflieferungen nach Kuba seit 2019. Allein in diesem Jahr wurden 53 Schiffe und 27 Unternehmen von der US-Regierung mit Sanktionen belegt.

Dabei handelt es sich um eine neue Form der Blockade, die bisher noch nicht angewandt wurde, die aber in direktem Zusammenhang mit den Bemühungen steht, jeden zu bedrohen, zu zwingen, zu verängstigen

und zu sanktionieren, der an der Lieferung von Treibstoff nach Kuba beteiligt ist, von Reedereien über Versicherungs- und Rückversicherungsgesellschaften bis hin zu Banken, Privatpersonen und Regierungen. Der Schaden, der durch diese Verfolgung entsteht, ist beträchtlich.

Die Wirtschaftsblockade hat auch die Schwierigkeiten beim Zugang zu Finanzmitteln und Krediten verschärft, um die thermoelektrischen Kraftwerke des Landes zu reparieren und die Technologien und Brennstoffe zu erwerben, die für eine stabile Stromversorgung der Bevölkerung und der strategischen Sektoren der nationalen Wirtschaft erforderlich sind.

Infolgedessen kam es zu ständigen Unterbrechungen der Stromversorgung, die bei der Bevölkerung Stress, emotionale Erschöpfung und Ängste auslösten, das Kühl- und Kochsystem in den Haushalten gefährdeten und sich gleichzeitig auf die Produktivität auswirkten und das reibungslose Funktionieren des Landes behinderten.

Aleandris Guerra Peña, selbständiger Arbeiter in dem Unternehmen "D' La Sierra" in der Provinz Santiago de Cuba, das in der Herstellung von Farben, hat diese Auswirkungen auf die Leistung seines Unternehmens beobachtet. Diesbezüglich erklärt er:

"Alleine In den ersten zwei Wochen des Monats Mai, hatten wir einen Verlust von 800.000 kubanischen Pesos zu beklagen, da wir die Produktion von 3.200 Litern Farbe wegen des Stromausfalls eingestellt haben. Dies hätte einen Gesamtlohn von 64.000 kubanischen Pesos ergeben, der unter den Arbeitern verteilt werden sollte.

Für die gesamte Produktion hatten die Kunden eine Garantie, aber wir waren nicht in der Lage, diese Aufträge zu erfüllen. Wir arbeiten daran, den Auftragsbestand in Abhängigkeit von der Stromversorgung zu erfüllen. Dies hat uns dazu gezwungen, keine neuen Aufträge mehr anzunehmen, die einen beträchtlichen Umsatz und damit einen erheblichen Umsatzverlust bedeutet hätten".

Im Januar 2024 war es nicht möglich, von der italienischen Firma Termomeccanica Ersatzteile für das thermoelektrische Kraftwerk Ernesto Che Guevara zu erhalten, da es von der Firma Trillium gekauft wurde, die einen ihrer Hauptsitze in den Vereinigten Staaten hat. Das Ausbleiben dieser Lieferungen hat mehrfach dazu geführt, dass die Kraftwerksblöcke des Thermoelektrischen Kraftwerks Ernesto Che Guevara abgeschaltet wurden.

Accelleron, das Nachfolgeunternehmen von ABB Turbocharging, von dem die National Electric Union die Technologie für ihre Turbolader erhielt, verpflichtet sich weiterhin, nicht direkt mit Kuba zusammenzuarbeiten, um der US-Politik der einseitigen Sanktionen gegen Exporte in Länder, die auf der Liste der US-Regierung der staatlichen Förderer des Terrorismus stehen, zu entsprechen.

Der Unión Nacional Eléctrica (UNE) fehlte es an den notwendigen Finanzmitteln, um eine partielle, erweiterte und kapitalintensive Wartung der Wärmekraftwerke im Lande durchzuführen, so dass 13 der 15 Blöcke den alle fünf Jahre fälligen Wartungszyklus nicht eingehalten haben - mehrere von ihnen mehr als drei Zyklen lang. Infolgedessen kam es zu einer erheblichen Anzahl von Ausfällen.

Diese Bedingungen der Wärmekraftwerke bedeuten auch einen Anstieg des Brennstoffverbrauchs um 319 Tausend Tonnen, was für UNE im Jahr 2023 zusätzliche Kosten von 127.800.000 USD bedeutet.

Infolge der Verfolgung der kubanischen Finanzgeschäfte erfolgen die Zahlungen für Kraftstoffeinfuhren über unwiderrufliche und bestätigte Akkreditive (zahlbar auf Sicht) bei einer einzigen Bank, deren Bestätigungskapazität begrenzt ist und oft nicht den Wert der in einem bestimmten Monat einzuführenden Lieferungen abdeckt.

Im Bergbausektor ist die Beschaffung von Ausrüstung für die Analyse und Überwachung des technologischen Prozesses, der mit dieser Tätigkeit verbunden ist, noch schwieriger geworden. Im Berichtszeitraum lehnte ein internationaler Hersteller dieser Geräte einen Direktverkauf an Kuba ab, da das Land auf der Liste der US-Regierung der "State Sponsors of Terrorism" steht.

Im Dezember 2020 wurde ein Internationales Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (IPA) für das Bergbauprojekt Cajálbana in der Provinz Pinar del Río zwischen dem kubanischen Unternehmen Commercial Caribbean Nickel S.A. (CCN) und dem australischen Unternehmen Caribe Metals Corporation unterzeichnet.

Pty Limited (CMC), die am 28. Dezember 2020 für eine Dauer von 3 Jahren in Kraft trat.

Es war der CMC nicht möglich, die für die Einleitung der Arbeiten und die Durchführung der geplanten technisch-wirtschaftlichen Durchführbarkeitsstudie erforderlichen Mittel zu überweisen, da sich die australischen Banken ausdrücklich weigerten, Gelder nach Kuba zu überweisen, wobei sie sich auf die Vorschriften der Blockade und die möglichen Auswirkungen auf ihre Interessen beriefen, wenn sie diese Dienstleistung erbringen würden.

Die Laufzeit des Vertrages endete, ohne dass das oben genannte Problem gelöst wurde. Dies ist ein deutliches Beispiel für die Auswirkungen der Blockade im Bergbausektor und ihre Folgen für die Ausführung und den Abschluss eines Vertrags, der die Studien, die Planung, die Beschaffung, die Inbetriebnahme und den Betrieb einer Fabrik zur Herstellung und Vermarktung von Nickel- und Kobaltprodukten umfasste, was dem Land erhebliche finanzielle Mittel hätte einbringen können.

Auswirkungen auf die aufstrebenden Sektoren der kubanischen Wirtschaft

Ende März 2024 gab es in Kuba 10.614 KKMU. Zusammen mit den übrigen nicht-staatlichen Unternehmen machen sie etwa 15 Prozent des BIP aus und stellen etwa 35 Prozent der Arbeitsplätze im Lande. Ihre Gründung und Entwicklung ist das Ergebnis der Maßnahmen, die die kubanische Regierung in den letzten Jahren ergriffen hat, um ihren notwendigen Beitrag zur Wirtschaft des Landes zu unterstützen und zu fördern.

Die Beschränkungen der Blockade haben die Tätigkeit der folgenden Unternehmen erheblich beeinträchtigt zahlreichen Privatunternehmern, Geschäftsinhabern und Genossenschaften in Kuba. Im Jahr 2023 verzeichneten 685 KKMU Verluste in ihren Unternehmen, was 7,2 Prozent der Gesamtzahl entspricht.

Bekanntlich kündigte die US-Regierung am 28. Mai letzten Jahres eine Reihe begrenzter Maßnahmen an, die diesen Sektor angeblich "begünstigen" sollen, indem sie Internetdienste und Finanztransaktionen zulassen. Eine ernsthafte Analyse dieser Ankündigungen lässt jedoch, wenn man sich der einschüchternden und umfassenden Wirkung der Blockade bewusst ist, viele Zweifel aufkommen.

Wie werden die großen Technologie- und Kommunikationskonglomerate zwischen dem kubanischen Staat und dem Privatsektor unterscheiden und deren Zugang zu Webseiten, Werkzeugen und Internet-Sites bestimmen, die derzeit für alle Nutzer aus Kuba gesperrt sind? Wie soll der Online-Einkauf der für die Tätigkeit des Privatsektors erforderlichen Güter ohne Zugang zu den weltweit verwendeten elektronischen Zahlungskarten erleichtert werden?

Welches Schifffahrtsunternehmen wird es riskieren, diese Lieferungen nach Kuba zu bringen, ohne in den nächsten sechs Monaten einen US-Hafen anlaufen zu können?

Wird ein ausländisches Unternehmen oder eine ausländische Bank bereit sein, Transaktionen von einem privaten kubanischen Unternehmen zu akzeptieren, wenn das Land weiterhin auf der Liste der US-Regierung der "State Sponsors of Terrorism" steht und daher einer Überprüfung und Geldstrafen in Millionenhöhe ausgesetzt sein könnte? Welche Bank im Ausland wird bereit sein, ein Konto für einen kubanischen Geschäftsmann zu eröffnen, der die Hindernisse für Geschäfte in US-Dollar kennt?

Tatsache ist, dass die Blockade so komplex und umfassend ist, mit einer Reihe von Gesetzen, die akribisch darauf ausgelegt sind, Kuba zu blockieren, dass es für jeden Bereich der Gesellschaft und der Wirtschaft schwierig ist, sie zu umgehen, wenn die Reihe von Beschränkungen und Verboten, die dieser Politik derzeit zugrunde liegen und die systematisch und in erheblichem Maße alle Wirtschaftsakteure betreffen, nicht aufgehoben werden.

Die Warnungen und Beschränkungen für Reisen nach Kuba haben sich auf die Einnahmen aus dem **Tourismus** und der Beherbergung ausgewirkt, einer Dienstleistung, die von einem Großteil des kubanischen Privatsektors angeboten wird. Die Liste der verbotenen Unterkünfte in Kuba, die Aufnahme Kubas in die einseitige Liste der staatlichen Förderer des Terrorismus, das Verbot von Reisen von Mensch zu Mensch auf individueller Basis und andere bereits erwähnte Maßnahmen der US-Regierung haben weitere Fortschritte in diesem Sektor verhindert und zu einem erheblichen Rückgang der Buchungen in privaten Mietshäusern geführt. Das Haupthindernis für diese Akteure ist der fehlende Zugang zum US-Tourismusmarkt, was bedeutet, dass sie mit anderen Anbietern in der Region unter ungleichen Bedingungen konkurrieren.

Kuba verfügt über eine Gesamtkapazität von etwa 20.000 Zimmern in privaten Mietwohnungen. Zwischen März 2023 und Februar 2024 werden 45,6 Prozent der 163.455 US-Bürger, die das Land besuchten, übernachteten in diesen Unterkünften, im Durchschnitt eine Woche lang. Sollten die derzeitigen Beschränkungen und Verbote aufgehoben werden und der Strom von US-Besuchern nach Kuba zunehmen, könnte der kubanische Privatsektor schätzungsweise zusätzliche Einnahmen in Höhe von 106.700.000 USD erzielen.

Abdel Aguilar Galarraga, Besitzer des Hostal Aguilar in Centro Habana, kennt die Auswirkungen der Blockade auf das Vermietungsgeschäft aus erster Hand: ***"Es macht es uns sehr schwer, auf Buchungsseiten zuzugreifen, die unsere Dienste anbieten, wie Booking.com. Wir sind in Bezug auf die weltweite Werbung für unser Geschäft eingeschränkt."***

Als wirtschaftliche Dienstleistungskette wirkt sich der Ausfall unserer Dienstleistungen auch auf andere Unternehmen wie Transportunternehmen, Autovermietungen, Restaurants, medizinische Dienste, Maurer, Reinigungspersonal und Reiseleiter aus. Durch die Beeinträchtigung des Tourismus als wichtigstem Wirtschaftszweig unseres Landes wird auch die Fähigkeit des Staates untergraben, qualitativ hochwertige soziale Dienstleistungen zu erbringen."

Die Einstufung Kubas als staatlicher Sponsor des Terrorismus, der digitale Krieg, die Manipulationen in den Netzen, die Unmöglichkeit, den ESTA-Status zu erhalten, wenn man das Land besucht hat, erzeugen Angst und Unsicherheit bei den Touristen, die vor dem Dilemma stehen, ob sie nach Kuba kommen sollen oder nicht."

Aguilar weist darauf hin, dass der Zustrom von Touristen in sein Geschäft erheblich zurückgegangen ist: ***"Diejenigen von uns, die sich dafür entschieden haben, in unser Land zu investieren, um sich weiterzuentwickeln, müssen feststellen, dass die Blockade uns jeden Tag trifft und uns daran hindert, wettbewerbsfähige Dienstleistungen anzubieten"***.

Da die Bearbeitung von Nicht-Einwanderungsvisa in Havanna nicht möglich ist, können kubanische Unternehmer nur begrenzt in die Vereinigten Staaten reisen, die ihr nächstgelegener natürlicher Markt sind, um die für ihr Unternehmen benötigten Waren zu kaufen.

Die Zwangsmaßnahmen, die die US-Regierung in den letzten Jahren gegen **Finanzinstitute** ergriffen hat, haben mehrere Zahlungs- und ECommerce-Plattformen wie PayPal dazu veranlasst, diesen Geschäftsleuten ihre Dienste zu verweigern, nur weil sie Kubaner sind, ungeachtet des privaten Charakters des von ihnen betriebenen Unternehmens.

Sie können auch keine Visa- oder Mastercard-Karten erhalten, um ihre Geschäfte zu beliefern, da diese Karten für Kubaner in allen Teilen der Welt verboten sind. Daher haben sie keine sichere Möglichkeit der Online-Zahlung, nicht einmal über ein Drittland. Folglich führen die Bankfilialen ihre Transaktionen nicht aus, und viele Kunden beschließen, ihre Beziehungen zu privaten kubanischen Einrichtungen nicht fortzusetzen, eine Situation, die sich durch die Aufnahme Kubas in die einseitige US-Liste der staatlichen Terrorismusförderer noch verschärft hat.

Andererseits gibt es viele Beispiele für IT-Tools, die für einheimische Entwickler nicht zugänglich sind, weil sie kubanisch sind. Außerdem ist es für sie schwierig, Zugang zu externen Finanzierungsmechanismen zu erhalten.

Für den Ingenieur Carlos Miguel Pérez Reyes, Gründer von DOFLEINI Software, dem ersten privaten kubanischen KKMU, das sich mit der Entwicklung und dem Export von IT-Produkten, ist die Blockade auch ein Zwang für den Sektor:

"Bei den US-Kunden, die geografisch am nächsten liegen, aber auch diejenigen sind, die die meisten Innovationen und führenden Unternehmen im IT-Sektor konzentrieren, konnten wir keinen einzigen Vertrag abschließen, obwohl wir Dutzende von Anfragen erhalten haben.

Wir haben keine Möglichkeit, Zahlungen zu erhalten, auch nicht über ein Drittland. Viele Kunden entscheiden sich letztendlich gegen eine Zusammenarbeit mit Kuba, egal wie talentiert das Team hinter dem Unternehmen ist. Der fehlende Zugang zu digitalen Zahlungsplattformen isoliert uns von dem technologischen Ökosystem der Welt".

Die Auswirkungen der Blockade zeigen sich auch bei der Beschaffung der für die Entwicklung neuer Projekte erforderlichen Technologie: *Wenn man versucht, einige der professionellen Dienstleistungen auf einigen dieser Plattformen zu erwerben, ist Kuba nicht einmal in der Liste der Länderoptionen aufgeführt, die man auswählen kann",* fügt Pérez Reyes hinzu.

Es gibt diese Rhetorik, dass diese Politik dem Privatsektor nicht schadet und dass wir gewisse Vorteile haben, aber das ist nicht so. Wir Unternehmer des Privatsektors wollen keinen Pfennig geschenkt bekommen. Wir wollen, dass wir gleichberechtigt mit dem Rest der Welt handeln können, denn Kubas Probleme werden von Kubanern gelöst.

Die Ein- und Ausfuhren dieser Akteure werden auch durch die hohen Preise behindert, die sich aus dem Zugang zu weit entfernten Märkten ergeben. In der Provinz Holguín zum Beispiel haben private Unternehmen ihre Importe aufgrund der hohen Preise für Güter wie Zement, Holz und Sperrholz, bei denen die Frachtkosten eine entscheidende Rolle spielen, gestoppt.

Auch der private Sektor ist von den Auswirkungen von Titel III des Helms-Burton-Gesetzes nicht ausgenommen. Das Gesetz macht keinen Unterschied zwischen dem Staat und der privaten Partei, die die beanstandeten Güter verwaltet, und daher kann auch eine natürliche Person von den Auswirkungen dieser absurden Gesetzgebung betroffen sein.

Bei lokalen Entwicklungsprojekten, an denen verschiedene Wirtschaftsakteure beteiligt sind, reicht es aus, wenn einer dieser Akteure, z. B. ein staatliches Unternehmen, sanktioniert wird, um sein Pendant im Privatsektor direkt zu beeinflussen.

Oliesky Fabre del Castillo ist die Gründerin von EnParalelo, einem privaten KKMU, das sich für die Entwicklung nachhaltiger, gesunder, gerechter, inklusiver, widerstandsfähiger, lokaler und souveräner städtischer Ernährungssysteme einsetzt. Zu diesem Zweck bietet das Unternehmen die Produktion, Vermarktung und Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten mit hohem Nährwert an. EnParalelo wurde im September 2021 als eines der ersten 35 KKMU zugelassen. Es ist ein Unternehmen, das auch ein lokales Entwicklungsprojekt in Havannas Plaza de la Revolución koordiniert. Castillo erklärt: *"Als Start-up haben wir bei Null angefangen. Wir mussten einen Investitionsprozess durchlaufen und uns auf die Suche nach Geldmitteln machen, um alles zu entwickeln, was wir wollten. Wir konnten von kubanischen Banken eine Finanzierung erhalten, die es uns ermöglichte, loszulegen.*

Ende 2022 wurde EnParalelo von der regionalen Innovationsdrehkreise des Welternährungsprogramms (HZero) mit Sitz in Kolumbien als eine der 10 innovativsten Ideen zur Beendigung des Hungers in Lateinamerika ausgewählt. *"Dadurch erhielten wir Zugang zu neuen Finanzmitteln und zu einem sechsmonatigen Accelerator-Programm, das uns auf die Konsolidierung unseres Geschäftsmodells vorbereitete",* sagt Castillo.

So haben wir die Auswirkungen der Blockade aus erster Hand gespürt. Das erste Hindernis, auf das wir stießen, war die Online-Kommunikation für die Vorbereitungskurse sowie der Zugang zu anderen

wissensgenerierenden Plattformen der Akademie. Wir mussten uns oft aufgezeichnete Vorlesungen ansehen, nachdem sie stattgefunden hatten.

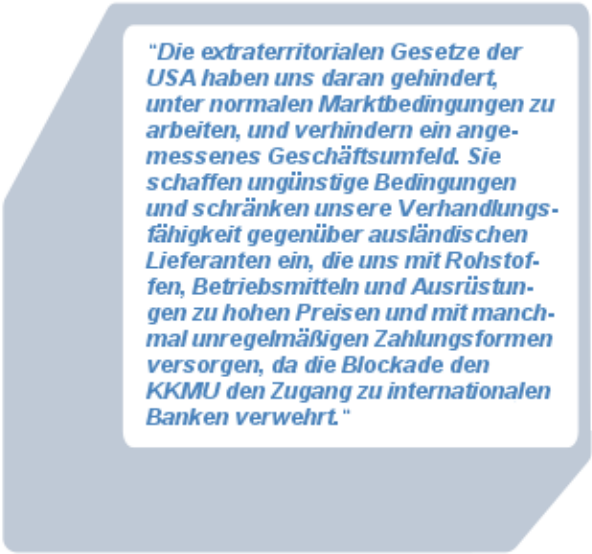
Der Zugang zur Finanzierung in Kuba war eine weitere Odyssee. Das Geld würde im Rahmen des Investitionsprozesses für die Einfuhr einer Reihe von Betriebsmitteln und Ausrüstungen verwendet werden, und alle Lieferanten mussten im Ausland bezahlt werden. Die Suche nach Lieferanten, die im Land registriert waren, stellte uns vor einige Hindernisse. Wir kannten auch Lieferanten, die näher an uns dran waren, in den Vereinigten Staaten, aber es war unmöglich, mit ihnen zu verhandeln.

Castillo erwähnt auch die Hindernisse, die sich durch die Blockade für den Kauf von Saatgut in den Vereinigten Staaten ergeben, das für EnParalelo ein wichtiger Rohstoff ist: **“Obwohl wir US-Lieferanten identifiziert haben, haben wir sie nicht kontaktiert, weil wir die Hindernisse kennen, auf die wir stoßen werden. Viele der Inputs, die wir brauchen, finden wir auf E-Commerce-Plattformen, die nicht nach Amerika liefern dürfen.**

Es wäre sehr vorteilhaft für uns, einen stabilen bilateralen Handel mit den Vereinigten Staaten zu haben, aufgrund der Nähe und der Qualität ihrer Rohstoffe. Nun hat die Regierung Biden einige Maßnahmen zur "Unterstützung" des Privatsektors angekündigt, was aber nichts am Wesen der Blockade ändert. Ihr wirklicher Umfang bleibt abzuwarten.”

Lácteos Clamanta ist ebenfalls ein privates KKMU mit Sitz in der Gemeinde La Lisa der Hauptstadt, das in einem nationalen Kontext gegründet wurde, der durch die beispiellose Verschärfung der Blockade gekennzeichnet ist. Seine Haupttätigkeit ist die Herstellung von probiotischem Joghurt und Eis der Marke Gustó.

Der Inhaber des Unternehmens, Martín Nizarane Araluce, ist Zeuge der Zwänge, denen das Unternehmen aufgrund dieser Politik tagtäglich ausgesetzt ist:



“Die extraterritorialen Gesetze der USA haben uns daran gehindert, unter normalen Marktbedingungen zu arbeiten, und verhindern ein angemessenes Geschäftsumfeld. Sie schaffen ungünstige Bedingungen und schränken unsere Verhandlungsfähigkeit gegenüber ausländischen Lieferanten ein, die uns mit Rohstoffen, Betriebsmitteln und Ausrüstungen zu hohen Preisen und mit manchmal unregelmäßigen Zahlungsformen versorgen, da die Blockade den KKMU den Zugang zu internationalen Banken verwehrt.”

Wenn KKMU in lokale Entwicklungsprojekte zum Wohle der Bevölkerung eingebunden sind, wie im Fall von Lácteos Clamanta, sehen sie sich auch medialen Angriffen derjenigen ausgesetzt, die von der Hasspolitik gegenüber Kuba profitieren. Nizarane Araluce auch bezieht sich darauf: **“In den antikubanischen Medien, einschließlich der sozialen Netzwerke, wird versucht, die Bemühungen derjenigen zu diskreditieren, zu entmutigen und zu stoppen, die unter schwierigen Bedingungen zur Nahrungsmittelproduktion beitragen, indem sie die Möglichkeiten nutzen, die die neue Wirtschaftspolitik des Landes bietet.”**

03

DIE BLOCKADE IST EIN VERSTOSS GEGEN INTERNATIONALES RECHT

Extraterritoriale Umsetzung der Blockade



Wie in diesem Bericht dargelegt wurde, schadet die Blockade nicht nur den wirtschaftlichen, kommerziellen und finanziellen Beziehungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten. Sie versucht die wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen der Insel in jedem Teil der Welt zu beeinträchtigen, unter Missachtung der souveränen Vorrechte anderer Länder und der Rechte ihrer Bürger. Es ist ein bösartiges Ziel, das in dem

bereits erwähnten Helms-Burton-Gesetz festgeschrieben ist.

In ihrem Versuch, ausländische Investitionen in dem Land zu verhindern, kubanische Transaktionen zu verfolgen und den normalen Ablauf aller kubanischen Aktivitäten im Ausland einzuschränken, greift die US-Regierung auf eine Vielzahl von Instrumenten und Formen des Drucks durch ihre Regulierungsbehörden zurück.

Diese Politik der Einschüchterung hat sogar die Zahlung der kubanischen Mitgliedsbeiträge in internationalen Organisationen behindert und sogar verhindert, weil die Banken sich weigerten, die Transaktionen zu bearbeiten. Ebenso hatten mehr als 50 kubanische diplomatische Vertretungen Schwierigkeiten mit den Bankinstituten, die für sie traditionell Dienstleistungen erbrachten. Eine Situation, die den Betrieb und den Unterhalt der kubanischen Botschaften und Konsulaten beeinträchtigt hat.

Zusätzlich zu den bereits in diesem Bericht genannten Beispielen, sind im Anhang 4 weitere Fälle von extraterritorialer Durchsetzung der Blockade zwischen März 2023 und Februar 2024 aufgeführt, einschließlich auch solche, die kubanische Botschaften betreffen.

04

ALLGEMEINE ABLEHNUNG

der Blockade



Die internationale Bewegung, die ein Ende der Blockade fordert, war sehr aktiv, sowohl bei persönlichen Aktionen als auch auf digitalen Plattformen.

Es wurden mehr als 2.000 öffentliche Veranstaltungen, Erklärungen und Dokumente, die auf internationalen Veranstaltungen zur Verurteilung der Blockade verabschiedet wurden, sowie mehr als 880 Erklärungen gegen Titel III des

Helms-Burton-Gesetzes und die Aufnahme des Landes in die von der US-Regierung erstellte einseitige Liste der "State Sponsors of Terrorism" erfasst.

Auch in der US-amerikanischen Gesellschaft mehrten sich die Rufe nach einer Beendigung der Blockade und der willkürlichen Einstufung Kubas als Staat, der angeblich den Terrorismus fördert. Kongressabgeordnete auf Bundes- und Landesebene, Wissenschaftler und Wirtschaftsvertreter, die Jugend und die Solidaritätsbewegung haben verschiedene Initiativen ergriffen, um Druck auf das Weiße Haus auszuüben.

Nachdem die US-Regierung im Mai 2024 bekannt gegeben hatte, dass Kuba von der Liste der Staaten gestrichen wurde, die nicht vollständig mit den US-Bemühungen gegen den Terrorismus kooperieren, haben zahlreiche Regierungen, vor allem in Lateinamerika und den Karibische, internationale und regionale Organisationen sowie politische, soziale und religiöse Organisationen in den Vereinigten Staaten und mehrere US-Politiker forderten das Weiße Haus nachdrücklich auf, Kuba von der einseitigen Liste der staatlichen Förderer des Terrorismus zu streichen.

Besonders hervorzuheben sind die Erklärungen der Regierungen von Barbados, Belarus, Belize, Brasilien, Bolivien und Chile, China, Dominica, Gambia, Grenada, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Namibia, Mosambik, Nicaragua, Demokratische Volksrepublik Laos, Russland, St. Kitts und Nevis, St. Vincent und die Grenadinen, Serbien, Syrien, Timor Leste, Vietnam, Venezuela, u.a.; sowie von der Puebla-Gruppe, dem Tisch des Friedensdialogs zwischen der Regierung Kolumbiens und der Nationalen Befreiungsarmee, dem Rat für Außen- und Gemeinschaftsbeziehungen (COFCOR) der Gemeinschaft der Karibischen Staaten (CARICOM), der Assoziation der Karibischen Staaten (ACS), der Bolivarischen Allianz für die Völker unseres Amerikas - Handelsabkommen der Völker (ALBA-TCP), das

Lateinamerikanische und Karibische Wirtschaftssystem (SELA), die Ständige Konferenz der Politischen Parteien Lateinamerikas (COPPPAL), der Gemeinsame Koordinierungsausschuss der Bewegung der Blockfreien Staaten und der Gruppe der 77 und China, die Gruppe der Freunde zur Verteidigung der Charta der Vereinten Nationen und andere mehr.

In Anhang 5 sind eine Reihe von Aktionen gegen die Blockade innerhalb der amerikanischen Gesellschaft und auf internationaler Ebene aufgeführt, die im Berichtszeitraum stattfanden.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die US-Blockade gegen Kuba verstößt gegen das Völkerrecht. Sie steht im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen. Sie stellt einen Verstoß gegen das Recht auf Frieden, Entwicklung und Selbstbestimmung eines souveränen Staates dar.

Sie ist sowohl in ihrem Wesen als auch in ihren Zielen ein Akt einseitiger Aggression, eine ständige Bedrohung für die Stabilität des Landes und eine massive, eklatante und systematische Verletzung der Menschenrechte aller Kubaner. Es handelt sich um einen Akt der Grausamkeit, für den es keine Rechtfertigung gibt.

Es verstößt auch gegen die verfassungsmäßigen Rechte der amerikanischen Bevölkerung, indem es ihre Freiheit, nach Kuba zu reisen und mit ihm in Kontakt zu treten, einschränkt. Aufgrund seines extraterritorialen Charakters verstößt es auch gegen die souveränen Rechte anderer Staaten.

Zwischen März 2023 und Februar 2024 verfolgte die US-Regierung weiterhin die Treibstofflieferungen an Kuba, die Möglichkeit, vor US-Gerichten unter Titel III des Helms-Burton-Gesetzes Klage zu erheben, und die Verleumdungskampagne gegen die medizinischen Kooperationsprogramme, die die Insel in zahlreichen Ländern durchführt. Außerdem soll die Erholung des kubanischen Tourismussektors, der von der COVID-19-Pandemie schwer getroffen wurde, behindert werden. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, den wichtigsten Einnahmequellen des Landes einen tödlichen Schlag zu versetzen.

Die finanzielle Verfolgung wurde durch die willkürliche Aufnahme Kubas in die Liste der Staaten, die angeblich den Terrorismus unterstützen, noch verstärkt. Diese Maßnahme wurde von der republikanischen Regierung von Präsident Donald Trump nur neun Tage vor seinem Ausscheiden aus dem Weißen Haus ohne jegliche Begründung oder Beweise eingeführt. Der jetzige Präsident könnte sie mit nur einer Unterschrift rückgängig machen. Die Tatsache, dass die US-Regierung vor kurzem anerkannt hat, dass Kuba im Kampf gegen den Terrorismus uneingeschränkt kooperiert, macht den Verbleib Kubas auf dieser fadenscheinigen Liste noch absurder und ungerechtfertigter.

Die Ankündigungen vom 28. Mai zum regulatorischen Rahmen der Blockade in Bezug auf den Privatsektor haben den grundlegenden Kern der Blockadepolitik nicht verändert. Es handelt sich um begrenzte Maßnahmen, deren praktische Umsetzung zweifellos auf die abschreckende und umfassende Wirkung der Blockade stoßen wird, vor allem, wenn Kuba auf der einseitigen Liste der staatlichen Förderer des Terrorismus bleibt.

Die Blockade macht keinen Unterschied zwischen gesellschaftlichen Gruppen oder wirtschaftlichen Akteuren, da ihr Hauptziel darin besteht, den Lebensstandard der Bevölkerung zu verschlechtern, Unzufriedenheit, Verzweiflung und Irritation zu schüren, um

eine Änderung der rechtmäßigen verfassungsmäßigen Ordnung herbeizuführen.

Es ist weder zulässig noch rechtlich oder ethisch vertretbar, ein kleines Land jahrzehntelang einer kriminellen Politik der Erstickung zu unterwerfen, deren wirtschaftlicher Schaden sich auf über **164.141.100.000 USD** zu aktuellen Preisen beläuft und **1.499.710.000.000 USD** unter Berücksichtigung des Wertes des Dollars im Verhältnis zum Wert des Goldes. Allein zwischen März 2023 und Februar 2024 wird der durch die Blockade verursachte Schaden für Kuba auf rund **5.056.800.000 USD** geschätzt.

ANHÄNGE

Anhang 1: US-Blockadegesetze und -Verordnungen

Trading with the Enemy Act (1917):

Abschnitt 5(b) des Gesetzes gab dem Präsidenten die Befugnis, in Kriegszeiten oder anderen Zeiten des nationalen Notstands Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, und verbot den Handel mit dem Feind oder Verbündeten des Feindes während kriegerischer Auseinandersetzungen. Obwohl 1977 der International Emergency Economic Powers Act die Befugnisse des Präsidenten zur Verhängung von Maßnahmen auf der Grundlage von "nationalen Notständen" einschränkte, wurde die Durchsetzung des Trading with the Enemy Act für Kuba fortgesetzt, obwohl kein nationaler Notstand ausgerufen wurde.

Foreign Assistance Act (1961):

Ermächtigte den US-Präsidenten, ein vollständiges "Embargo" gegen den Handel mit Kuba zu verhängen und aufrechtzuerhalten, und verbot die Gewährung jeglicher Unterstützung für die kubanische Regierung. Es legt fest, dass Gelder der US-Regierung, die für internationale Hilfe bestimmt sind und internationalen Organisationen zur Verfügung gestellt werden, nicht für Programme im Zusammenhang mit Kuba verwendet werden dürfen; verbietet die Gewährung jeglicher Hilfe, die im Rahmen dieses Gesetzes gewährt wird, oder den Erhalt jeglicher anderer Vergünstigungen im Rahmen eines Gesetzes der Vereinigten Staaten, bis der Präsident feststellt, dass das Land angemessene Schritte unternommen hat, um US-Bürgern und -Einrichtungen nicht weniger als 50 Prozent des Wertes oder eine angemessene Entschädigung für Eigentum, das von der kubanischen Regierung nach dem Sieg der kubanischen Revolution im Jahr 1959 verstaatlicht wurde.

Presidential Proclamation 3447:

Erstellt am 3. Februar 1962 von Präsident John F. Kennedy, der das totale "Embargo" gegen den Handel zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba verkündete, in Übereinstimmung mit Abschnitt 620(a) des Foreign Assistance Act.

Cuban Assets Control Regulation of the Department of the Treasury (1963):

Das Einfrieren aller kubanischen Vermögenswerte in den Vereinigten Staaten, das Verbot aller finanziellen und kommerziellen Transaktionen, es sei denn, sie werden durch eine Lizenz genehmigt, das Verbot kubanischer Exporte in die Vereinigten Staaten, das Verbot für jede natürliche oder juristische Person der Vereinigten Staaten oder von Drittländern, Transaktionen in US-Dollar mit Kuba durchzuführen, neben anderen Bestimmungen. Export Administration Act (1979): In Abschnitt 2401(b)(1) "National Security Controls", "Policy Towards Individual Countries", wird eine Liste der Länder erstellt, für die der Präsident der Vereinigten Staaten aus Gründen der nationalen

Sicherheit besondere Ausfuhrkontrollen durchführen kann. Kuba ist in dieser Liste enthalten.

Export Administration Act (1979):

Schaffen die Grundlage für allgemeine Kontrollen für Güter und Aktivitäten, die der Kontrolle durch die EAR unterliegen, im Einklang mit den von der US-Regierung verhängten Maßnahmen. Festlegung einer allgemeinen Verweigerungspolitik für Ausfuhren und Wiederausfuhren nach Kuba.

Cuban Democracy Act oder Torricelli Act (1992):

Verbietet Tochtergesellschaften von U.S.-Unternehmen in Drittländern dürfen keine Waren mit Kuba oder kubanischen Staatsangehörigen handeln. Verbietet Schiffen aus Drittländern, die kubanische Häfen anlaufen, innerhalb von 180 Tagen in US-Hoheitsgebiet einzulaufen, es sei denn, sie haben eine Lizenz des Finanzministers.

Cuban Liberty and Democracy Solidarity Act oder Helms-Burton Act (1996):

Kodifizierte die Bestimmungen der Blockade und weitete ihren extraterritorialen Geltungsbereich aus, indem er Sanktionen gegen ausländische Führungskräfte von Unternehmen verhängte, die Geschäfte mit in den USA verstaatlichtem Eigentum in Kuba tätigen, und drohte, sie vor US-Gerichten zu verklagen. Außerdem wurde die Befugnis des Präsidenten zur Aufhebung der Blockadepolitik insgesamt eingeschränkt.

Abschnitt 211 des Emergency Supplemental Appropriations Act für das Fiskaljahr 1999:

Er verbietet den US-Gerichten, die Rechte kubanischer Unternehmen an Warenzeichen anzuerkennen, die mit verstaatlichtem Eigentum verbunden sind.

Trade Sanction Reform and Export Enhancement Act (2000):

Erlaubte den Export von landwirtschaftlichen Produkten nach Kuba unter der Bedingung einer Vorauszahlung in bar und ohne Finanzierung durch die USA. Verbot für Amerikaner, zu touristischen Zwecken nach Kuba zu reisen, indem "touristische Aktivitäten" als jede Aktivität im Zusammenhang mit Reisen nach, von und aus Kuba oder innerhalb Kubas definiert wurden die in Abschnitt 515.560 von Titel 31 des Code of Federal Regulations ausdrücklich zugelassen sind. Mit anderen Worten, es beschränkt Reisen auf die 12 Kategorien, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieses Gesetzes erlaubt waren.

Anhang 2: Von der US-Regierung beschlossene Blockademaßnahmen von März 2023 bis Februar 2024

Am 31. März 2023 kündigte das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums einen Vergleich in Höhe von 72.230,32 USD mit Uphold HQ Inc. (Uphold), einem in Larkspur, Kalifornien, ansässigen Gelddienstleistungsunternehmen, wegen offen-

sichtlicher Verstöße gegen "Sanktionsprogramme" gegen Kuba, Iran und Venezuela an. Zwischen März 2017 und März 2022 gab es insgesamt 25 Transaktionen mit Kuba im Gesamtwert von 142.683,74 USD und Mai 2022.

Am 6. April 2023 erklärte sich die Microsoft Corporation mit Hauptsitz in Redmond, Washington, bereit, dem OFAC 2.980.265,86 USD und dem Bureau of Industry and Security (BIS) des Handelsministeriums weitere 347.631 USD für Verstöße gegen mehrere US-Zwangsprogramme, darunter das gegen Kuba, zu erstatten. Die Gesamtstrafe belief sich auf 3.327.896 USD. Vierundfünfzig der 1.339 offensichtlichen Verstöße standen im Zusammenhang mit den Cuban Assets Control Regulations.

Am 1. Mai 2023 stimmte Poloniex, LLC ("Poloniex"), ein Unternehmen mit Sitz in Delaware und Hauptgeschäftssitz in Boston, Massachusetts, zu, 7.591.630 USD an das OFAC zu überweisen, weil es gegen verschiedene US-Zwangsprogramme verstoßen hat, einschließlich dem gegen Kuba. In der Erklärung der Agentur heißt es, dass die Poloniex-Handelsplattform es Kunden aus "sanktionierten" Ländern offenbar ermöglichte, Online-Transaktionen mit Vermögenswerten im Gesamtwert von 15.335.349 USD zu tätigen.

Am 29. September 2023 verlängerte Präsident Joseph Biden per Memorandum des Präsidenten unter anderem die Beschränkungen der Bundesmittel für den Kultur- und Bildungsaustausch mit Kuba um ein weiteres Jahr. Diese Maßnahme geht auf die willkürliche und ungerechtfertigte Einstufung Kubas in Stufe 3 des Jahresberichts des Außenministeriums über den Menschenhandel zurück.

November 2023 gab das OFAC eine offizielle Erklärung ab, in der es einen finanziellen Vergleich mit daVinci Payments (daVinci) ankündigte, einem US-amerikanischen Unternehmen, das Prepaid-Belohnungskartenprogramme betreibt, wegen offensichtlicher Verstöße gegen verschiedene Zwangsprogramme, einschließlich der blockadebezogenen Gesetze gegen Kuba. DaVinci hat 206.213 USD an das Finanzministerium überwiesen, weil es seit dem 15. November 2017 angeblich am Austausch von Prämienkarten von Personen in sanktionierten Ländern beteiligt war bis zum 27. Juli 2022.

Am 21. Februar 2024 erließ US-Präsident Joseph Biden eine Bekanntmachung, mit der der von Präsident William Clinton am 1. März 1996 ausgerufenen nationalen Notstand in Bezug auf Kuba um ein Jahr verlängert wurde.

Anhang 3: Befugnisse des US-Präsidenten zur Änderung der Umsetzung der Blockade gegen Kuba.

Zu den Änderungen, die der Präsident der Vereinigten Staaten auf der Grundlage seiner Exekutivbefugnisse und durch Verlautbarungen des Außen-, Finanz- und

Handelsministeriums an dem der Blockade zugrunde liegenden Gesetzeswerk vornehmen könnte, gehören unter anderem folgende:

Streichung Kubas von der Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus des Außenministeriums.

Umkehrung der Politik der finanziellen Verfolgung Kubas, auch in Bezug auf die Brennstofflieferungen an das Land.

Aussetzung der Möglichkeit, vor US-Gerichten Klage gegen US- und Nicht-US-Unternehmen gemäß Titel III des Helms-Burton-Gesetzes zu erheben.

- Änderung der zulässigen Höchstgrenze von 10 % an US-Bestandteilen in Waren, die Kuba aus allen Ländern der Welt einführen darf.

- Das Außen- und das Finanzministerium aufzufordern, die Aufnahme kubanischer Einrichtungen in andere einseitige Listen, wie die Liste der beschränkten kubanischen Einrichtungen, die Liste der verbotenen Unterkünfte und die Liste der besonders benannten Staatsangehörigen, zu streichen.

- Anweisung an die US-Vertreter in den internationalen Finanzinstitutionen, die Gewährung von Krediten oder anderen Finanzfazilitäten an Kuba nicht zu behindern.

- Ermöglichung der Eröffnung von Korrespondenzkonten kubanischer Einrichtungen, einschließlich Banken und Unternehmen, bei US-Banken.

- Genehmigung der Ausfuhr von US-Produkten nach Kuba für Schlüsselsektoren der Wirtschaft, wie Bergbau, Tourismus und Biotechnologie.

- Genehmigung der Einfuhr von Waren durch die Vereinigten Staaten, die aus Erzeugnissen (Nickel, Zucker, Tabak, Rum oder anderen) hergestellt oder gewonnen wurden, die in Kuba von staatlichen Unternehmen angebaut, erzeugt oder hergestellt wurden.

- Ermöglichung der Ausfuhr von medizinischem Material und Ausrüstung nach Kuba, die für die Herstellung kubanischer biotechnologischer Produkte verwendet werden können.

- Lockerung der Genehmigungspolitik für US-Unternehmen, die in Kuba investieren wollen.

- Erlaubnis für US-Bürger, sich in Kuba medizinisch behandeln zu lassen.

- Ermöglichung einer umfassenderen Zusammenarbeit bei der Entwicklung, Vermarktung und Lieferung von Arzneimitteln und biomedizinischen Produkten kubanischen Ursprungs, z. B. durch Direktinvestitionen von US-Unternehmen und Joint Ventures. - Ermöglichung des Verkaufs von Rohstoffen, die Kuba zur Herstellung von Medikamenten für die kubanische Bevölkerung und andere Entwicklungsländer benötigt.

- Erlaubnis für US-Tochtergesellschaften, Geschäfte mit Kuba zu tätigen, die nicht mit der Ein- und Ausfuhr von Waren zusammenhängen (nach dem Torricelli-Gesetz verboten).

Anhang 4: Einige Beispiele für die extraterritoriale Umsetzung der Blockade gegen Kuba von März 2023 bis Februar 2024

Im März 2023, aufgrund des Kaufs des kanadischen Unternehmens APOTEX durch das US-Unternehmen SK Capital wurde der Kauf von medizinischem Material durch MEDICUBA, darunter Medikamente zur Behandlung von Krebs, Allergien und anderen unheilbaren Krankheiten, beeinträchtigt.

Im Mai 2023 informierte die Banco Santander den Verwaltungsrat des kubanischen Unternehmens IC Neuronic mit Sitz in Spanien über die Entscheidung, die Versicherungspolice, die dieses Unternehmen seit 2020 bei der genannten Bank unterhielt, zum Juni 2023 zu kündigen.

Im Mai und Juni 2023 hielt die Citibank Europe Bulgaria Branch eine Überweisung der kubanischen Botschaft in Bulgarien für die Bezahlung von Dienstleistungen an das Telekommunikationsunternehmen Vivacom zurück. Im Juli erstattete die Citibank die Zahlung der Rechnung an die kubanische diplomatische Vertretung zurück, die fortan ihre Geschäfte mit Vivacom über eine andere Bank fortsetzen musste.

In der ersten Hälfte des Jahres

2023 verweigerte die MUFG Bank of Japan eine Überweisung der Franchise der Chunichi Dragons auf das Konto der World Baseball and Softball Confederation, ein seit 2018 bestehender Mechanismus, um die Einnahmen für das Training der angeheuerten kubanischen Sportler zu erhalten. Der Grund war die Verbindung zu Kuba und die Möglichkeit, gegen die US-Blockadegesetze zu verstoßen.

Am 17. August 2023, GS1 Aisbl, Entwickler von international anerkannten Standards für Kommunikation und Informationsaustausch zwischen Geschäftspartnern in verschiedenen globalen Lieferketten, teilte Kuba mit, dass das Land nicht persönlich an der GS1 LATAM-Regionaltagung im Oktober 2023 in Buenos Aires, Argentinien, teilnehmen könne. Die Organisation behauptete, Kuba stehe unter einem Sanktionsregime und seine Teilnahme würde ein Risiko für die Mitarbeiter von GS1 LATAM darstellen.

Im August 2023 begann die Swedbank damit, Briefe an ihre Kunden zu verschicken, in denen sie diese aufforderte, keine Transaktionen von oder nach Habanos Nordic und Kuba vorzunehmen, da dies ein Risiko darstelle, das die Bank aufgrund der Sanktionen, denen das Land unterliegt, nicht übernehmen könne. Sie teilten mit, dass sie im Falle der Nichteinhaltung

gezwungen wären, die Konten und Dienstleistungen der Kunden einzuschränken oder zu schließen.

Im August 2023 wurde dem französischen Verein Cuba Linda, der Reisen zur Völkerverständigung fördert, die Nutzung der Plattform für Zahlungsabwicklung und Risikolösungen SumUp untersagt. Die Vereinigung erhielt ein POS-Terminal, das ihr später gemäß Artikel 13 der allgemeinen Geschäftsbedingungen des von ihr unterzeichneten Vertrags entzogen wurde. In diesem Artikel wurde die Verpflichtung festgelegt, die Beteiligung an "betrügerischen Aktivitäten wie Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung oder anderen kriminellen Aktivitäten" zu verhindern.

Im September 2023 weigerte sich die schwedische Skandinaviska Enskilda Banken AB (SEB), ihre Geschäfte mit der Habanos Nordic A.B. Wegen des Risikos von US-Strafmaßnahmen infolge der Blockade.

Am 21. November 2023 verhängte das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des Finanzministeriums eine Strafe in Höhe von 968.618.825 USD gegen Binance Holdings, Ltd. ("Binance"), einem Kryptowährungsunternehmen mit Sitz auf den Kaimaninseln, eine Strafe in Höhe von 968.618.825 USD wegen Verstößen gegen verschiedene US-Sanktionsprogramme, einschließlich der blockadebezogenen Gesetze gegen Kuba. Das Unternehmen wurde aufgefordert, weitere Beträge in Höhe von insgesamt 4,3 Mrd. USD an das Justizministerium, das Financial Crimes Enforcement Network (FinCEN) des Finanzministeriums und die US Commodity Futures Trading Commission (CFTC) zu zahlen.

Am 6. Dezember 2023 teilte BMW Group Financial Services - BMW Leasing Schweiz der kubanischen Botschaft in der Schweiz mit, dass sie ihre Geschäftsbeziehungen mit der diplomatischen Vertretung beenden müsse, da die Rechtsabteilung der Bank keine Zahlungen der kubanischen Regierung akzeptieren würde, was ihr keine andere Wahl ließ, als die Verträge zu kündigen. Darüber hinaus kündigte die BMW Group Financial Services in der ersten Dezemberwoche den Leasingvertrag für ein offizielles Botschaftsfahrzeug durch das Autohaus AG BMW Marti mit Sitz in Bern.

Auch in 2023:

- Die Banco Comercial Português S.A. hat die Überweisung in US-Dollar der Gesellschaft für kubanisch-portugiesische Freundschaft an die Agentur AMISTUR in Kuba annulliert. Die Gesellschaft hat ihr Konto bei BCP Millenium und AMISTUR bei der Banco Financiero Internacional (BFI). Der Betrag belief sich auf 55.186 USD, um die aus Kuba zurückkehrende Solidaritätsbrigade zu bezahlen.

- Die FRANSABANK FRANKREICH verweigerte die Bearbeitung einer Überweisung, die von der kubanischen diplomatischen Vertretung in Bonn zugunsten der kubanischen Botschaft in Algerien getätigt wurde, und berief sich dabei auf die "Sanktions- und Embargopolitik", die jede direkte oder indirekte Transaktion im

Zusammenhang mit Kuba eindeutig untersagt.

- Die Banken ING, New B, Argenta, Bpost und BNP-Paribas-Fortis haben nach der Havarie des Supertankers in Matanzas keine Transaktionen mit der Aufschrift "Hilfe für Kuba" akzeptiert. Diese nicht akzeptierten Transaktionen wurden dank der Solidaritätskampagne "1 Cent 4 Kuba" aufgedeckt, die von den Vereinigungen der Freundschaft mit Kuba in Europa ins Leben gerufen wurde.

Anfang 2024 wurde der freiwillige Beitrag Kubas an das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) für das Jahr 2023 blockiert. Trotz der Bemühungen des OHCHR bei der UBS-Bank akzeptierte diese die kubanische Überweisung nicht. Die Bank behauptete mehrmals, dass sie nicht verpflichtet sei, eine Überweisung aus einem der von den USA sanktionierten Länder anzunehmen, da es sich nicht um einen Pflichtbeitrag handele, der den Verlust von Rechten oder einen finanziellen Ausfall für das ausstellende Land bedeuten könne.

Im Januar 2024 teilte JCC Payments Systems Ltd, ein Drittunternehmen, das mit der Bank of Cyprus für Bank-terminal-Zahlungen und Zahlungsgateway-Überweisungen zusammenarbeitet, teilte der kubanischen Botschaft in diesem Land mit, dass sie den Vertrag mit sofortiger Wirkung gekündigt hatten, da ihnen die Erbringung von Beschaffungsdienstleistungen für die Organisation untersagt war. Infolgedessen stand die kubanische Botschaft ohne den Abholterminaldienst da.

Im Januar 2024 verweigerte die indische Axis Bank dem indischen Unternehmen Panacea eine Überweisung nach Kuba als Zahlung für die von CIGB erworbenen Vorleistungen für die Herstellung eines pentavalenten Impfstoffs. Die Bank berief sich darauf, dass Kuba auf der Liste der US-Regierung der "State Sponsors of Terrorism" steht, und verlangte von Panacea, dass die Zahlung nicht an eine Einrichtung unter der Kontrolle der kubanischen Armee, der Sicherheitskräfte oder des Geheimdienstes gehen dürfe.

Im Februar 2024 verweigerte das Postzustellungsunternehmen UPS einem slowenischen Staatsbürger die Zustellung eines Dokuments mit der Begründung, dass der Empfänger, das kubanische Konsulat in Österreich, eine oder mehrere staatliche Vorschriften für die Länder/Gebiete, in denen UPS tätig ist, nicht eingehalten habe.

Am 15. März 2024 verhängte das OFAC eine Strafe in Höhe von 3.740.442 USD gegen die in der Schweiz ansässige Bankgesellschaft EFG International AG, weil sie gegen die Cuban Assets Control Regulations und andere Sanktionsprogramme verstoßen hat. Konkret wurden zwischen 2014 und 2018 727 Transaktionen an Kunden in Kuba im Gesamtwert von 29.939.701 USD getätigt.

Anhang 5: Denunziationen der US-

Blockade gegen Kuba von März 2023 bis Mai 2024

Anklage der Blockade innerhalb der Vereinigten Staaten:

Am 2. März 2023 verabschiedete der Washtenaw County Commissioner in Ann Arbor, Michigan, eine Resolution, in der die US-Regierung aufgefordert wird, die Blockade aufzuheben und Kuba von der Liste der staatlichen Terrorismusförderer zu streichen.

Am 6. März 2023 brachten die US-Senatoren Amy Klobuchar (D-Minnesota), Jerry Moran (R-Kansas), Chris Murphy (D-Connecticut), Roger Marshall (R-Kansas) und Elizabeth Warren (D-Massachusetts) erneut den überparteilichen Gesetzesentwurf "Freedom to Export to Cuba" ein, dessen Text die Beseitigung von US-Vorschriften vorsieht, die US-Exporte nach Kuba verhindern.

Am 8. März 2023 richtete die Bischofskonferenz der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika einen Brief an den Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Beziehungen des Senats, Robert Menendez (D-New Jersey), in dem sie ihn aufforderte, die Zwangsmaßnahmen gegen Kuba aufzuheben. Die Bischöfe wiesen auf die durch die Wirtschaftsblockade verursachten Schäden hin und erklärten, dass die ungerechtfertigte Aufnahme in die Liste der staatlichen Terrorismusförderer negative Auswirkungen auf das Leben der Kubaner habe.

Am 14. März 2023 haben zwanzig Kirchen und konfessionelle Organisationen, darunter auch die Presbyterianische Kirche, einen gemeinsamen Brief an Präsident Joseph Biden geschickt, in dem sie eine Änderung der Politik gegenüber Kuba und die Streichung des Landes von der Liste der staatlichen Förderer des Terrorismus fordern. Zu den Unterzeichnern gehören der Weltdienst der Kirche, die Episkopal-kirche und das General Board of Church and Society der Vereinigten Methodistischen Kirche.

Am 15. März, 2023, Senatoren Ron Wyden, (D-Oregon), Cynthia Lummis, (R-Wyoming) und Chris Van Hollen (D-Maryland) ein Schreiben an Präsident Biden, in dem sie eine Lockerung der wirtschaftlichen und finanziellen Beschränkungen der Blockade fordern, die sich auf den Privatsektor in Kuba auswirken.

Am 21. März 2023 gaben das Washingtoner Büro für Lateinamerika (WOLA) und das Zentrum für Demokratie in Amerika (CDA) eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie die Wiedereinführung des Gesetzes über die Freiheit der Ausfuhr nach Kuba begrüßten. In der Erklärung bezeichneten sie die Blockade als das Haupthindernis für die Entwicklung der kubanischen Wirtschaft.

Am 22. März 2023 unterbrachen CODEPINK-Aktivistinnen die Rede des Außenministers Antony Blinken

während einer Anhörung des Ausschusses für auswärtige Beziehungen des Senats, um die Streichung Kubas von der Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus und die Aufhebung der bestehenden Zwangsmaßnahmen zu fordern.

Anfang Mai 2023 teilte die Gruppe Puentes de Amor eine Initiative zur Unterschriftensammlung für einen Brief an Präsident Biden mit der Bitte um eine Lockerung der Zwangsmaßnahmen gegen den Privatsektor in Kuba. Der Brief wurde von selbständigen Kubanern und einigen Vertretern des US-Wirtschaftssektors unterzeichnet und anschließend über die Alliance for Cuba Engagement and Respect (ACERE) an das Weiße Haus gesandt.

Am 3. Mai 2023 während eines Besuchs in Havanna zur Teilnahme am Internationalen Treffen für Solidarität mit Kuba und gegen den Imperialismus. bekräftigte eine Delegation von 150 jungen Amerikanern, darunter Gewerkschafter, Kulturschaffende, Aktivisten gegen die Polizeibrutalität, Wissenschaftler und Mitglieder verschiedener Organisationen, ihr Engagement, den Kampf für die Aufhebung der Blockade gegen Kuba fortzusetzen.

Am 10. Mai, 2023 schickten 21 demokratische Kongressabgeordnete, hauptsächlich aus den südlichen Grenzstaaten, einen Brief an US-Präsident Joseph Biden, in dem sie eine Lockerung der Politik des maximalen Drucks auf Kubaner und Venezolaner fordern. Die Kongressabgeordneten nannten die von der Regierung von Präsident Donald Trump umgesetzten Erstickungsmaßnahmen als eine der Hauptursachen, die Tausende von Bürgern dieser Nationen zur Migration in die Vereinigten Staaten zwingen. Im Fall von Kuba hoben sie die Maßnahmen zur Verschärfung der Blockade und die Aufnahme in die Liste der staatlichen Terrorismusförderer hervor.

Am 11. Mai 2023 schickten fast 9.000 kubanische und US-amerikanische Privatunternehmer und Vertreter von rund 270 Wirtschaftsverbänden, die Tausende von Unternehmen umfassen, ein Schreiben an Präsident Biden, in dem sie die Streichung Kubas von der Liste der staatlichen Terrorismusförderer forderten.

Am 16. Mai 2023 verabschiedete der Stadtrat von Washington D.C. einstimmig eine Resolution, in der Präsident Biden aufgefordert wird, die Wirtschaftsblockade gegen Kuba aufzuheben und das Land von der Liste der staatlichen Terrorismusförderer zu streichen. Der ursprünglich von dem Demokraten Robert White Jr. und sechs weiteren Ratsmitgliedern eingebrachte Text wies auf die Einschränkungen hin, die die Blockade für die Entwicklung verschiedener kubanischer Sektoren wie Gesundheit, Bildung und Wirtschaft sowie für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Nationen mit sich bringt.

Am 24. Mai, 2023, hat der Abgeordnete Jim McGovern (D-Massachusetts) in einer Rede vor dem Repräsentantenhaus seine Ablehnung der Kuba-Politik der Regierung Biden zum Ausdruck gebracht.

Im Mai 2023 verabschiedete der Exekutivrat der Inlandboatmen's Union of the Pacific (IBU), einer Gewerkschaft, die Seeleute an der Westküste der USA vertritt, eine Entschließung, in der die Mitglieder des Kongresses in ihrem Zuständigkeitsbereich und Präsident Biden aufgefordert werden, Kuba von der Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus zu streichen.

Am 5. Juli, 2023 gaben das Center for Democracy in the Americas, das Washingtoner Büro für Lateinamerika und die Cuba Study Group eine Erklärung ab, in der sie die Regierung von Präsident Biden aufforderten, Schritte zur Verbesserung der Situation in Kuba zu unternehmen. Sie forderten eine stärkere Unterstützung des kubanischen Privatsektors und betonten, dass die Einstufung als "State Sponsor of Terrorism" dem Land Hindernisse auferlegt.

Am 22. Juli, 2023 verabschiedete der New Yorker Stadtrat einstimmig eine Resolution, in der der Präsident und der US-Kongress aufgefordert werden, die Blockade und das Reiseverbot gegen Kuba aufzuheben und das Land von der Liste der staatlichen Terrorismusförderer zu streichen.

Am 31. August 2023 gab Darrell Steinberg, Bürgermeister der Stadt Sacramento, eine Proklamation heraus, in der er die US-Regierung aufforderte, die Einstufung Kubas als staatlicher Sponsor des Terrorismus zu überprüfen.

Am 19. September 2023 demonstrierten Solidaritätsgruppen vor der kubanischen Vertretung bei der UNO, für das Ende der US-Blockade und die Streichung Kubas von der Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus.

Am 23. September 2023 fand in der New Yorker Gesellschaft für ethische Kultur ein Akt der Solidarität mit Kuba und Venezuela statt, bei dem die Aufhebung der US-Sanktionen gegen beide Länder gefordert wurde. Die Veranstaltung fand während der hochrangigen Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen statt, an der auch der kubanische Präsident Miguel Díaz-Canel teilnahm.

Am 28. September 2023 forderte der Abgeordnete Jim McGovern (DMassachusetts) während einer Anhörung im Repräsentantenhaus die Beendigung der Zwangsmaßnahmen gegen Kuba und die Streichung des Landes von der Liste der staatlichen Terrorismusförderer.

Am 14. Oktober 2023 hielt das Nationale Netzwerk für Kuba sein jährliches Treffen in Boston, Massachusetts, ab, auf dem es seine Solidarität mit Kuba und sein Engagement im Kampf gegen die Blockade und die Einstufung als Staatssponsor des Terrorismus bekräftigte.

Am 28. Oktober 2023 forderten die Demokratischen Sozialisten Amerikas (DSA) während eines Be-

suchs mehrerer ihrer Mitglieder in Havanna die Aufhebung der Blockade und gleichzeitig die Streichung Kubas von der Liste der staatlichen Förderer des Terrorismus.

Am 30. Oktober 2023 hat eine Gruppe von Abgeordneten des Staates New York einen Brief an Präsident Biden und den Mehrheitsführer im US-Senat, Chuck Schumer (D-New York), geschickt, in dem sie die Rücknahme der von Präsident Trump eingeführten Maßnahmen des maximalen Drucks, die Aufhebung der Wirtschaftsblockade und die Streichung Kubas von der Liste der staatlichen Terrorismusförderer fordern.

Am 9. November 2023 haben mehr als 120 presbyterianische Kirchen in den Vereinigten Staaten einen Brief an Präsident Biden gerichtet, in dem sie die Streichung Kubas von der Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus fordern. Die im Cuba Partners Network zusammengeschlossenen Kirchen verwiesen auf die Verschärfung der Blockade unter der Regierung von Präsident Donald Trump und die Auswirkungen der Ausweisung auf die öffentliche Gesundheit und andere Bereiche des täglichen Lebens der Kubaner.

Am 14. Dezember 2023 richtete eine Gruppe von Abgeordneten der Kongressdelegationen von Massachusetts einen Brief an Präsident Biden, in dem sie die Streichung Kubas von der Liste der staatlichen Terrorismusförderer forderten. Das Schreiben wurde von den Abgeordneten James McGovern und Ayanna Pressley, den Senatoren Elizabeth Warren und Ed Markey sowie den Abgeordneten Seth Moulton, Lori Trahan und Stephen F. Lynch unterzeichnet.

Am 11. Januar, 2024, das Mitglied des Repräsentantenhauses Steve Cohen (D-Tennessee), schickte einen Brief an Präsident Joseph Biden, in dem er die Streichung von Kuba von der Liste der Staatsförderer des Terrorismus forderte. Der Abgeordnete erwähnte, dass die Blockade seit mehr als 60 Jahren enormen Schaden der kubanischen Wirtschaft und Bevölkerung enormen Schaden zugefügt hat, während sie zu einem zwingenden Faktor für Migration geworden ist. Er sagte, dass die Argumente für die Beibehaltung der Einstufung Kubas auf der der Liste nicht haltbar sind.

Am 6. Februar 2024 verabschiedete der Stadtrat der Stadt Medford, Massachusetts, eine Resolution, in der die US-Regierung aufgefordert wird, Kuba von der Liste der staatlichen Terrorismusförderer zu streichen. In dem Text werden auch Maßnahmen gefordert, die darauf abzielen, Kuba von der fadenscheinigen Liste der Staaten zu nehmen, die angeblich den Terrorismus unterstützen, und die Aufhebung der Blockade gegen das Land gefordert.

Am 10. Februar 2024 wird die Allianz für Engagement und Respekt in Kuba (ACERE), bestehend aus einer Koalition von US-amerikanische und kubanisch-amerikanische Gruppen und Aktivisten haben einen offenen Brief an Präsident Joe Biden veröffentlicht, der von mehr als fünfzig Organisationen

und mehr als zweihundert in den Vereinigten Staaten lebenden Personen unterzeichnet wurde und die Streichung Kubas von der Liste der Länder fordert, die angeblich den Terrorismus fördern.

Am 16. Mai, 2024 veröffentlichte das Center for Engagement and Advocacy in the Americas (CEDA) eine Erklärung als Reaktion auf die Entscheidung des Außenministeriums, Kuba nicht auf die Liste der Staaten zu setzen, die nicht vollständig mit den Bemühungen der USA zur Terrorismusbekämpfung kooperieren. In dem Text erkennt die Organisation die Entscheidung an, fordert aber gleichzeitig weitere Schritte, wie die Streichung Kubas von der Liste der Staatsförderer des Terrorismus.

Am 24. Mai, 2024 veröffentlichte die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten eine offizielle Erklärung, nachdem das Außenministerium beschlossen hatte, Kuba nicht in die Liste der Staaten aufzunehmen, die nicht vollständig mit den Bemühungen der USA zur Terrorismusbekämpfung kooperieren. Darin forderte sie Präsident Biden auf, Kuba unverzüglich von der Liste der "State Sponsors of Terrorism" zu streichen.

Am 28. Mai 2024 gab die Arbeitsgruppe Lateinamerika eine offizielle Erklärung zu den Ankündigungen des Finanzministeriums ab, den kubanischen Privatsektor zu begünstigen. Sie wies darauf hin, dass andere geltende Bestimmungen, wie die Aufnahme Kubas in die Liste der staatlichen Förderer des Terrorismus, diesen Sektor weiterhin beeinträchtigen. Der Text erwähnte die sich aus der Bezeichnung ergebenden Hindernisse für den Finanzsektor und den Tourismus sowie die Unmöglichkeit, das ESTA-System zu nutzen.

Am 28. Mai, 2024 veröffentlichte die Organisation ACERE ein offizielles Kommuniqué, in dem sie feststellte, dass ohne die Streichung Kubas von der Liste der Sponsoren des Terrorismus die Hindernisse, die Banken und Finanzinstitute aus Drittländern bei der Erbringung von Dienstleistungen für unabhängige kubanische Unternehmer zu überwinden haben, bestehen bleiben würden. In der Mitteilung wird darauf hingewiesen, dass die Streichung des Landes von der Liste von entscheidender Bedeutung für die Wiederaufnahme des europäischen Tourismus auf der Insel ist.

Auf internationaler Ebene sind folgende Maßnahmen erwähnenswert:

Am 25. März, 2023 wurde im Rahmen des Ibero-amerikanischen Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs, das in Santo Domingo, Dominikanische Republik, stattfand, ein "Sonderkommuniqué über die Notwendigkeit, die von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade zu beenden, einschließlich der Anwendung des so genannten Helms-Burton-Gesetzes" sowie ein "Sonderkommuniqué zur Unterstützung des Kampfes gegen

den Terrorismus in all seinen Formen und Ausprägungen" verabschiedet und herausgegeben, in dem die ungerechtfertigte Aufnahme Kubas in die einseitige Liste der staatlichen Förderer des Terrorismus abgelehnt und die Streichung des Landes von dieser Liste gefordert wird.

Am 12. Mai, 2023, in der Abschlusserklärung des 9. Gipfeltreffens der Assoziation der karibischen Staaten, forderten die Mitgliedstaaten die Vereinigten Staaten auf, Kuba von der fadenscheinigen Liste der Staaten, die angeblich den Terrorismus unterstützen, zu streichen und bekräftigten ihre Forderung nach Aufhebung der Blockade gegen das Land.

Am 5. Juli 2023 wurde auf der 45. ordentlichen Tagung der Konferenz der Regierungschefs der Gemeinschaft der karibischen Staaten (CARICOM) in Port of Spain, Trinidad und Tobago, ein Abschlusskommuniqué verabschiedet, in dem die Notwendigkeit einer Beendigung der Blockade gegen Kuba betont wird. Die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft gaben ihre Erklärung in Anwesenheit des US-Außenministers Antony Blinken ab.

Am 18. Juli 2023 wurde auf dem dritten Gipfeltreffen der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) und der Europäischen Union (EU) eine Abschlusserklärung verabschiedet, in der die Ablehnung der Blockade und ihrer extraterritorialen Wirkung bekräftigt und gleichzeitig anerkannt wurde, dass die Aufnahme Kubas in die Liste der Sponsoren des Terrorismus die internationalen Finanztransaktionen mit der Insel behindert.

In der Abschlusserklärung des Gipfeltreffens der Völker, das parallel zum dritten CELAC-EU-Gipfel in Brüssel stattfand, wurde ein Fahrplan gefordert, der auch die Unterstützung für die Abhaltung eines internationalen Tribunals gegen die Blockade vorsieht. Außerdem wurde die Streichung Kubas von der Liste der staatlichen Förderer des Terrorismus gefordert.

Als ein Ergebnis des zwischen dem **dem 16. und 17. November 2023**, am Sitz des Europäischen Parlaments in Brüssel stattgefundenen Internationalen Tribunals gegen die Blockade von Kuba, wurde von der der Linksfraktion im Europaparlament und der Internationalen Vereinigung der Demokratischen Juristen, das Ende der Blockade gefordert. Das Gericht entschied, dass die Blockade eine Politik ist, die gegen das Völkerrecht und die universellen Normen für eine friedliche Koexistenz verstößt. Das Vorgehen bestand darin, für eine verstärkte Zusammenarbeit mit Kuba einzutreten, indem ausländische Investitionen und die Einfuhr von Produkten aus dem Karibikstaat auf die europäischen Märkte gefördert werden.

Vom 15. bis 16. September 2023 fand in Havanna, Kuba, das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Gruppe der 77 und Chinas zu den aktuellen Herausforderungen der Entwicklung: die Rolle von Wissenschaft, Technologie und Innovation statt. In diesem Rahmen haben insgesamt 38 Länder die

Blockade gegen Kuba verurteilt.

Zwischen dem 19. und dem 26. September 2023 verurteilten die Delegationsleiter von 44 Ländern in ihren Reden während der Generaldebatte der 78. ordentlichen Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Blockade gegen Kuba. Einundzwanzig dieser Erklärungen prangerten auch die Aufnahme Kubas in die Liste der Staaten an, die den Terrorismus unterstützen.

Am 23. September 2023 wird der 23. Politische Rat der Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerikas - Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York eine Erklärung verabschiedet, in der die sofortige und bedingungslose Beendigung der Blockade gegen Kuba gefordert wird und die USA aufgefordert werden, das Land von der Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus zu streichen.

Im Oktober 2023 verabschiedete die Kommunistische Partei Südafrikas eine Resolution gegen die Blockade und die Aufnahme Kubas in die Liste der staatlichen Förderer des Terrorismus.

Im Oktober 2023 verabschiedete das Repräsentantenhaus des jamaikanischen Parlaments eine Entschließung, in der es die Blockade und die Aufnahme Kubas in die Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus verurteilte.

Am 2. November 2023 verabschiedete die UN-Generalversammlung mit 187 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung die Resolution über die "Notwendigkeit der Aufhebung des von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzembargos". Während der Debatte und der Verabschiedung der Resolution sprachen sich 53 Redner für die Aufhebung der Blockade aus und 34 von ihnen sprachen sich gegen die Aufnahme Kubas in die Liste der staatlichen Terrorismusförderer aus. Beide Anschuldigungen wurden unterstützt von 10 regionalen Konsultationsgruppen und Organisationen, die eine große Anzahl von Ländern abdecken, nämlich: Der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN), die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC), die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC), das Zentralamerikanische Integrationssystem (SICA), die Gruppe der 77 und China, die Karibische Gemeinschaft (CARICOM), die Gruppe der Freunde zur Verteidigung der Charta, die Blockfreie Bewegung (NAM), die Afrikanische Gruppe und die Europäische Union.

Während des gesamten Jahres 2023 gab der Sprecher des Außenministeriums der Volksrepublik China systematisch Erklärungen ab, in denen er ein sofortiges Ende der Blockadepolitik forderte. Im Einzelnen wurden 12 Erklärungen in dieser Angelegenheit registriert.

Das 19. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Bewegung der Blockfreien Staaten (NAM) fand vom 15. bis 20. Januar 2024 in Kampala, Republik Uganda, statt. In seinem Abschlussdokument verurteilte er die

Blockade, kritisierte die Aufnahme Kubas in die Liste der Terrorismusförderer und forderte die Streichung des Landes von dieser Liste.

Vom 21. bis 22. Juni 2024 fand in Kampala, Republik Uganda, der dritte Südgipfel statt. In der Abschlusserklärung wurde die sofortige Aufhebung der Blockade gegen Kuba gefordert.

Am 18. Februar 2024 wurde auf dem 37. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Afrikanischen Union (AU) in Addis Abeba, Äthiopien, zum fünfzehnten Mal in Folge die "Resolution über die Aufhebung der von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen die Republik Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade" angenommen. Zum ersten Mal wird in dem Text die Streichung Kubas von der Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus gefordert.

Am 26. Februar 2024 wurde im australischen Bundesparlament zum ersten Mal ein Antrag gegen die Blockade der USA gegen Kuba eingebracht.

Am 2. März, 2024, im Rahmen des 8. Gipfels der Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC), der in St. Vincent und den Grenadinen stattfand, wurde eine Erklärung angenommen, in der die Forderung der Generalversammlung der Vereinten Nationen nach Aufhebung der Blockade gegen Kuba unterstützt wird. Außerdem wurde die Streichung Kubas von der einseitigen Liste der Länder gefordert, die angeblich den Terrorismus unterstützen.

Darüber hinaus wurden eine "Sondererklärung über die Notwendigkeit der Beendigung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba" und eine "Sondererklärung zur Unterstützung des Kampfes gegen den Terrorismus in all seinen Formen und Erscheinungsformen" angenommen. Letztere bekräftigt die Forderung nach der Streichung Kubas von der Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus.

Am 24. April 2024, im Rahmen des 23. Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Bolivarischen Allianz für die Völker unseres Amerikas - Handelsvertrag der Völker (ALBA-TCP), das in Caracas, Bolivarische Republik Venezuela, stattfand, wurde eine Erklärung angenommen, in der die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba

abgelehnt und die Streichung des Landes von der Liste der staatlichen Förderer des Terrorismus gefordert wird.

Am 24. April 2024 einigten sich beide Parteien im Rahmen des 4. Dialogs zwischen Kuba und der Europäischen Union über einseitige Zwangsmaßnahmen auf vier gemeinsame Aktionen, um sich der extraterritorialen Durchsetzung der US-Blockade gegen Kuba zu widersetzen.

Am 13. Mai 2024 wurde in der Abschlusserklärung des zweiten Treffens der nationalen Koordinatoren der Gruppe der Freunde zur Verteidigung der Charta der Vereinten Nationen in Caracas, Bolivarische Republik Venezuela, die negativen Auswirkungen der Blockade und forderte deren Aufhebung. Darüber hinaus wurde gefordert, Kuba von der Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus zu streichen. Sitzung des Rates für Außen- und Gemeinschaftsbeziehungen (COFCOR) der Gemeinschaft der Karibischen Staaten (CARICOM) wurde erneut die Blockade gegen Kuba verurteilt und ihre sofortige Aufhebung gefordert. Er begrüßte die Streichung Kubas von der Liste der Länder, die nicht in vollem Umfang mit den Bemühungen der USA zur Bekämpfung des Terrorismus kooperieren, und wiederholte die Forderung, das Land von der Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus zu streichen.

MinRex

MINISTERIO DE RELACIONES EXTERIORES
REPÚBLICA DE CUBA



MinRex

MINISTERIO DE RELACIONES EXTERIORES
REPÚBLICA DE CUBA

You are invited to share and distribute this report
More information: <https://cubavsbloqueo.cu/>